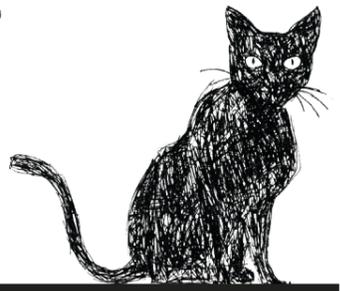




Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Besetzung am Chorusberg Sauren in den Apfel beißen

Ende Februar 2021 wurde über Nacht ein kleines, noch verbliebenes Waldstück im Südviertel von den Ortsgruppen von Fridays for Future und Ende Gelände besetzt. Hier wollte der Aachener Immobilienhai Sauren samstags Nägel mit Köpfen machen und die restlichen ausgewachsenen Bäume seines Grundstücks fällen. Vor zwei Jahren befand sich hier noch ein schönes, kleines Waldstück. 2019 kam dann der erste Kahlschlag. Jetzt stehen noch ein paar wenige, große Eichen und Buchen, die aber laut Umweltamt legal gerodet werden dürften, sofern der Grundstücksbesitzer innerhalb von zwei Jahren wieder aufforstet. Das ist allerdings bislang auf keinem Teil des Grundstücks passiert. Wir glauben, dass wir in der Leser*innenschaft der Tacheles nicht mehr unbedingt von der Notwendigkeit dieser Besetzung erzählen müssen. Der Klimawandel ist gerade wieder deutlich spürbar: Der verheerende Waldzustandsbericht 2020 zeigt zum Beispiel, dass nur noch 21 % aller untersuchten Bäume gesund sind. Jeder große ausgewachsene Baum ist auf vielen Ebenen wertvoll und aus diesem Grund schützenswert. Da die Politik beim Umweltschutz ständig in aller Deutlichkeit versagt, müssen wir das auch ständig selbst in die Hand nehmen.

→ Fortsetzung auf Seite 6



Banner bei der Besetzung am Chorusberg.

(Bild: Ende Gelände)

Keine Zeit zum Trauern

Eine Pflegekraft berichtet von der Corona-Station eines großen Aachener Pflegeheims

Ich arbeite als Pflegekraft in einem großen Aachener Pflegeheim. Im Folgenden will ich von meinen Erfahrungen bei der Arbeit auf der dortigen Corona-Station berichten. Als Warnung vorweg: Um ein realistisches Abbild meiner Arbeit zu zeichnen, werde ich auch Situationen beschreiben, die womöglich schwer zu ertragen sind.

→ Fortsetzung auf Seite 2

Was steckt drin?

- Covid-19: Keine Zeit zum Trauern - Eine Pflegekraft berichtet → S. 2
- Covid-19: Kein Tag ohne AZ! → S. 3
- Überall Cops, nirgendwo Gerechtigkeit · Rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden → S. 4
- Neues Versammlungsgesetz für NRW · Protestkultur in Aachen → S. 5
- Klimagerechtigkeit: Besetzung am Chorusberg · Lützerath - Ein Dorf am Abgrund → S. 6
- Apokalyptisches Denken in der Umweltbewegung · Solidaritätäterätätä · Buchrezension: Klasse Krise Weltkommune → S. 7
- Geschichte & Gegenwart: Interview: Der doppelte Rektor → S. 8-9
- Geschichte & Gegenwart: Bewegung im Archiv → S. 10
- Geschichte & Gegenwart: Damals am 18 März... · Hanau 19. Februar → S. 11
- Politische Kämpfe & Kryptographie → S. 12
- Spendenaufruf: Die Zapatistas kommen zu uns! · Mietenwahnsinn in Aachen → S. 13
- Feminismus: Die grüne Welle im Kampf gegen das Patriarchat → S. 14
- Feminismus: Der Staat als Feminist? → S. 15
- Kreuzworträtsel · Horoskop · Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag · Über uns → S. 16

Überall Cops, nirgendwo Gerechtigkeit

Über die Polizeigewalt gegen Antifaschist*innen am 14. Februar 2021 in Aachen

Am 14. Februar 2021 hatte eine bis dahin unbekannt Person via Telegram-Channel zu einer Demo „Gegen den Lockdown“ am Aachener Tivoli aufgerufen. Auf dem Kanal wurde betont, dass es sich nicht um eine Veranstaltung aus dem „Querdenken“-Netzwerk handelt. Allerdings wurde sich explizit nicht von der Bewegung distanziert und die Vorwürfe, dass häufig Neonazis, Rechte und Holocaustverharmloser*innen an den Veranstaltungen beteiligt sind, als Spaltungstaktik diffamiert. Einer der Hauptorganisatoren von „Querdenken 241“ beteiligte sich an dem Telegram-Channel und mehrere bekannte Gesichter aus dem Orga-Kreis nahmen an der rund 100 Teilnehmer*innen starken Versammlung teil. Aus diesem Grund versammelten sich auch rund 50 Antifaschist*innen, um die Demonstration kritisch zu begleiten.

Die beiden Antifaschisten wurden zu Boden gebracht und einer von ihnen dann mit gezielten Faustschlägen zum Kopf bearbeitet.

Nach Beendigung der beiden Veranstaltungen wurde eine Gruppe Antifaschist*innen auf dem Weg zurück in die Innenstadt von mehreren „Querdenker*innen“ angegriffen. Sie gingen schubsend und schlagend gegen die Gruppe vor,

welche sich entsprechend zur Wehr setzte. Die Polizei bildete daraufhin einen Kessel um die beiden Gruppen und nutzte dies als willkommene Gelegenheit, eine*n Antifaschist*in mit körperlicher Gewalt zu Boden zu bringen und die Personalien der Person aufzunehmen. Während der Kessel sich auflöste, kam es noch zu einer Schubserei unter den Umstehenden. Ein Passant, der die Festgesetzten zuvor lauthals als „Zecken“ beschimpft hatte, bedrängte eine andere Person. Als die Polizei hinzukam, wurden selbstverständlich wieder die Personalien der betroffenen Person festgestellt und der zuständige Beamte ließ es sich nicht nehmen, diese auch lauthals vor dem Aggressor kundzutun. Währenddessen bewegten sich die Reste der „Demo gegen den Lockdown“ ungestört zum Eisenbrunnen. Als mit etwas Verzögerung auch die Gegendemonstrant*innen eintrafen, war von der Demo nur noch der „Aachener Corona Chor“ übrig. Dieser macht sonst auf den „Querdenken 241“ Veranstaltungen mit künstlerisch fragwürdigen Darbietungen auf sich aufmerksam. Danach zog die Gruppe über den Markt in die Pontstraße, wo die bis dahin nicht angemeldete Versammlung von der Polizei aufgelöst wurde. Ziel des polizeilichen Ordnungswahns waren aber wieder einmal die Antifaschist*innen.

→ Fortsetzung auf Seite 4

Interview: Erlebte Geschichte Der doppelte Rektor

„Er promovierte zum zweiten Mal, heiratete seine Witwe, adoptierte sein Kind und lebte als Hans Schwerte“

1995 wurde rund um das 125-jährige Jubiläum der RWTH der Fall Schneider/Schwerte aufgedeckt. Der ehemalige Rektor hatte seine SS-Vergangenheit vertuscht und seit Kriegsende unter einer falschen Identität gelebt. Über die Hintergründe, investigative Recherchen, Legenden und offene Fragen um diese Affäre haben wir mit Thomas und Olaf gesprochen.

→ Fortsetzung auf Seite 8



Politische Theater-Aktion zum 125. Jubiläum der RWTH.

(Bild: Axel Goeke, Aachen)

Editorial

Die vierte Ausgabe der Tacheles ist da – und uns gibt's jetzt schon fast ein ganzes Jahr! Als die Idee entstand, eine Zeitung zu machen, schien Corona noch in weiter Ferne. Aber auch, wenn so ein Zeitungsprojekt eigentlich ein super Weg ist, während einer Pandemie aktiv zu bleiben, stellt uns die Situation auch vor Probleme. Spenden sammeln und Leute zu erreichen ist in diesen Zeiten nicht immer einfach. Falls ihr noch Ideen habt, wohin mit uns, schreibt uns gerne eine Mail! Außerdem legen wir stetig an Seiten und Inhalten zu. Wir freuen uns über die vielen tollen Texte und Zusendungen, denn auch von externen Gruppen ist diesmal einiges dabei. Viele Texte behandeln aktuelles Geschehen in und um Aachen, aber es gibt auch viel Historisches in dieser Ausgabe. Allerdings wird's leider mit jeder Seite teurer – deswegen sind wir mehr denn je auf Spenden angewiesen! Auch, damit wir uns endlich eine maschinelle Faltung gönnen können: Bis jetzt haben wir nämlich alle Ausgaben der Tacheles per Hand gefaltet. Wir freuen uns weiterhin riesig über Feedback, Kritik oder Leser*innenbriefe an: tacheles-aachen@riseup.net



Das Klatschen auf die Straße tragen.

(Bild: dieplattform.org)

→ Fortsetzung von Seite 1: Keine Zeit zum Trauern

Der Covid-Ausbruch auf meiner Station verläuft rasend schnell. Zunächst waren nur drei Bewohner*innen erkrankt, doch binnen kürzester Zeit ist ein Großteil des knapp 40 Bewohner*innen fassenden Bereichs betroffen. Fast täglich werden Kolleg*innen nach Hause geschickt, weil die Anzeige der Schnelltests positiv ist. Schnell wird unser Team somit auf einen kleinen Kern reduziert. Das betrifft nicht nur die Pflege, sondern auch die anderen Berufsgruppen: zum Beispiel Reinigung, Küche, Sozialdienst und Therapeut*innen. Am stärksten sind die Ausfälle jedoch in der Pflege, da wir natürlich am wenigsten Distanz wahren können. Wir haben schließlich nur noch 2 Fachkräfte zur Verfügung. So viele würden normalerweise nicht einmal für einen Frühdienst ausreichen. Der Rest des übrigen Personals besteht aus Azubis und Pflegehelfer*innen. Die Personallage ist also prekär und auf dieser Basis versuchen wir irgendwie eine Versorgung zu gewährleisten.

Ein adäquater Umgang mit dem Tod und die Trauer um diese Menschen ist eigentlich ein wichtiger Teil unseres Berufs.

Die meisten Bewohner*innen haben einen hohen Pflegebedarf, sind multimorbide, dement, inkontinent, haben chronische Wunden oder Amputationen, sind in Schmerztherapie und können teilweise nicht selbstständig essen oder trinken. Der Pflegeaufwand, vor allem der medizinisch-therapeutische, ist also immens. Mit dem Personalmangel, der auch ohne Corona bereits stark ausgeprägt war, ist jedoch nur eine Minimalversorgung möglich. Wir hetzen von einem Zimmer zum nächsten, dabei müssen wir ständig die Schutzkittel wechseln und noch stärker als sonst auf die Hygienebestimmungen achten. Unter den synthetischen Kitteln ist es heiß und nass vom vielen Schweiß. Die Bewohner*innen leiden sehr. Vor allem die Isolation macht ihnen zu schaffen. Wir Pflegekräfte sind ihre einzigen Bezugspersonen. Jedoch haben wir meist nicht einmal Zeit für ein Gespräch. Nicht zuletzt, weil die unterstützenden Berufsgruppen fehlen.

Zum Zeitpunkt der ersten Impfung ist bereits die halbe Station infiziert. Die Impfung kommt für uns damit zu spät. Ich habe die ganze Zeit Angst, mich selbst anzustecken und in der Folge auch diejenigen, mit denen ich zusammen lebe, zu gefährden. Ich arbeite trotzdem weiter in dem Bewusstsein, dass dieses Risiko sehr hoch ist. Bei den Bewohner*innen sehe ich, was eine Infektion am Ende bedeuten kann, denn einige haben schwere Verläufe. Trotz ihrer massiven Beschwerden werden sie nicht in Krankenhäuser verlegt. Uns wird gesagt, man sei dort auch überlastet und könne nicht mehr viel für die Patient*innen tun. Für mich beginnt an dieser Stelle bereits die viel diskutierte Triage, denn unsere Hochaltrigen werden gar nicht mehr ins Krankenhaus gebracht, obwohl sie dort vielleicht noch eine Chance hätten. Nur einer von all jenen, die am Ende sterben werden, stirbt in einem Krankenhaus.

Die Pflege der an Covid Erkrankten ist besonders zeitintensiv und herausfordernd, vor allem bei einer Bewohnerin. Sie versteht aufgrund ihrer Demenz nicht, was mit ihr passiert. Sie hat Todesangst und steht ständig panisch schreiend aus ihrem Bett auf. Sie reißt sich die Kleidung

vom Leib, stürzt andauernd und lässt sich von niemandem beruhigen. Nach ein paar Tagen bekommt sie endlich die Palliativ-Einstufung und erhält von uns hohe Dosen an Morphin. Kurze Zeit später ist sie tot.

Viele der Sterbenden oder Verstorbene kennen wir schon seit Jahren. Ein adäquater Umgang mit dem Tod und die Trauer um diese Menschen ist eigentlich ein wichtiger Teil unseres Berufs.

Doch unter diesen Umständen ist es kaum möglich mit Kolleg*innen Erinnerungen an diese Menschen auszutauschen oder sich gebührend zu verabschieden. Der Stress der menschlichen Massenabfertigung geht nämlich weiter. Es gibt keine Zeit zum Trauern. Bei einigen verschlechtert sich der Allgemeinzustand auch ohne Covid-typische Symptome rapide. Zum Beispiel entstehen oder verschlimmern sich durch mangelnde Bewegung schmerzhafte Kontraktionen (Muskel- oder Sehnenverkürzungen). Diese ließen sich normalerweise durch simple prophylaktische Maßnahmen vermeiden, jedoch ist selbst dafür zu wenig Zeit. Die Schädigungen sind irreversibel. So auch bei den Demenzerkrankten. Die Isolation setzt ihnen besonders stark zu, da ihnen allgemeine Gesellschaft, Gesprächskreise und Gedächtnistraining mit verschiedenen Sinnesindrücken fehlen. Ein Bewohner ist nach zwei Wochen kaum mehr wiederzuerkennen, da er durch tagelanges einsames Sitzen am Fenster einen massiven Schub in seiner Demenzerkrankung bekommen hat.

Zuhause ist es für mich schwierig abzuschalten. Einerseits kommt noch die Arbeit im eigenen Haushalt hinzu, andererseits lassen mich die Erlebnisse nicht los. Die psychische Belastung ist enorm. Zum Glück erhalten wir auf der Station schließlich Hilfe. Von anderen Stationen kommen Fachkräfte zur Unterstützung. Es ist jedoch schwierig, diese Kolleg*innen unter den gegebenen Umständen einzuarbeiten. Dennoch erweisen sie sich als unverzichtbare Stütze und wir sind über diese innerbetriebliche Solidarität mehr als dankbar. In Krisenzeiten leiden wir, die Lohnabhängigen und Ausgebeuteten, am meisten. Unsere einzige Möglichkeit dagegen ist ebensolche Solidarität und der Zusammenhalt untereinander.

Über den ganzen Zeitraum hinweg wächst eine unfassbare Wut in mir. Es ist die Wut darüber, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Der private Bereich wurde immer weiter beschränkt, während sich das Virus munter in den Betrieben und Schulen ausbreiten konnte. Ich bin wütend, weil der Pflegenotstand ja nicht vom Himmel gefallen ist, sondern sich die Lage seit vielen Jahren immer mehr verschlechtert hat und nichts dagegen getan wurde.

[...] unsere Kolleg*innen, die im Kampf gegen diese Pandemie ihr Leben ließen, werden wir nicht zurückholen können.

Es braucht endlich eine angemessene Bezahlung sowie bessere Arbeitszeiten für uns. Ansonsten werden immer mehr Menschen dieser Arbeit den Rücken kehren. Doch eine Verbesserung ist nicht in Aussicht. Die Verantwortlichen haben mit einer Einmalzahlung, die längst nicht alle von uns bekommen haben, und lautem Applaus in den Parlamenten gezeigt, wie wichtig ihnen unsere Berufsgruppe zu sein scheint. Ich will und kann das nicht länger hinnehmen. Was wir in den Heimen und Krankenhäusern in den letzten Monaten geleistet haben, ist für viele kaum zu begreifen. Solange der Dank dafür nur bei Applaus und netten Worten bleibt, werde ich das als Hohn verstehen. Wir Pflegekräfte werden uns zurückholen müssen, was uns zusteht. Damit meine ich unsere Würde und eine anständige Bezahlung, denn unsere Kolleg*innen, die im Kampf gegen diese Pandemie ihr Leben ließen, werden wir nicht zurückholen können.

Diskursiv Aachen

Diskursiv Aachen:

Unsere Forderungen im Umgang mit dem Corona-Virus

Im vorangegangenen Text wurde eindrücklich erläutert, wie fatal sich das Virus auswirkt. Wenn so weitergemacht wird wie bisher, ist nicht abzusehen, dass sich die Lage mit den aktuellen Mutationen bald verbessern wird. Deshalb braucht es dringend eine gesamtgesellschaftliche, solidarische Strategie, die auch kurz- und mittelfristig wirkt. Im Folgenden stellen wir Punkte vor, wie die Pandemie auf solidarischem Wege eingedämmt werden könnte:

1 Gemeinsam runter auf Null: Das erste Ziel ist, die Ansteckungen auf Null zu reduzieren. Wenn dieses Ziel erreicht ist, können in einem zweiten Schritt die Einschränkungen vorsichtig gelockert werden. Die niedrigen Fallzahlen müssen stabil gehalten und lokale Ausbrüche sofort energisch eingedämmt werden. Wir brauchen auch eine gemeinsame langfristige Vision. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine solidarische Pause von einigen Wochen. Shutdown heißt: Wir schränken unsere direkten Kontakte auf ein Minimum ein – und zwar auch am Arbeitsplatz! Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen.

2 Niemand darf zurückgelassen werden: Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig. Die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind, werden besonders unterstützt – wie Menschen mit niedrigem Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld oder Obdachlose. Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden. Menschen, die im Shutdown besonders viel Betreuungs- und Sorgearbeit leisten, sollen durch gemeinschaftliche Einrichtungen entlastet werden. Kinder erhalten Unterricht online, notfalls in Kleingruppen.

3 Ausbau der sozialen Gesundheitsinfrastruktur: Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben. Das Profitstreben im Gesundheits- und Pflegebereich gefährdet die kollektive Gesundheit. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen. Die Finanzierung von Krankenhäusern über Fallpauschalen sollte durch eine solidarische Finanzierung des Bedarfs ersetzt werden.

4 Impfstoffe sind globales Gemeingut: Eine globale Pandemie lässt sich nur global besiegen. Öffentliche und private Unternehmen müssen umgehend die erforderliche Produktion von Impfstoffen vorbereiten und durchführen. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden. Sie sind ein Ergebnis der kreativen Zusammenarbeit vieler Menschen, sie müssen der gesamten Menschheit gehören.

5 Solidarische Finanzierung: Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Darum verlangen wir die Einführung einer europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.



Comiczusendung: Neulich bei den Coronarebellen...

(Bild: Indie-Fresse Productions ©)

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!

„Unsere Existenz war schon häufiger bedroht, aber Corona stellt uns vor ganz neue Herausforderungen“

Was ist das Autonome Zentrum?

Das AZ entstand am 31. Januar 1993 in Folge einer Bewegung, die durch Hausbesetzungen ein soziales Zentrum erkämpfte. Es dient seit jeher als ein selbstverwalteter kultureller Freiraum. Das Autonome Zentrum ist als gemeinnütziger Raum gedacht, der auf antisexistischen und antirassistischen Grundsätzen beruht. Er kann von Veranstalter*innen genutzt werden und ist, durch den Getränkeverkauf, komplett selbstfinanziert. Hierbei und bei den Eintrittspreisen wird nicht auf Gewinnmaximierung gesetzt, da viel Wert auf ein antikapitalistisches und solidarisches Verhalten gelegt wird. Wir wollen allen Menschen ermöglichen, an diesem Raum teilzuhaben und ihn zu nutzen.

Anfängliche Situation

Die letzten Veranstaltungen in unserem Bunker haben wir noch gut in Erinnerung. Die geliebte und immer gut besuchte 80er Party war die erste Veranstaltung, die wir freiwillig aufgrund der Corona-Situation abgesagt. Damals war uns allen nicht bewusst, was das für die kommenden Monate bedeuten würde. Heute, ein Jahr später, können wir ein vorläufiges Fazit ziehen: Es ist nicht nur emotional verdammt schwer.

In den 28 Jahren, die es uns versteckt im Bunker unter dem Hostel am Hauptbahnhof gibt, haben wir viel erlebt. Wir sind nicht nur heißgeliebter Austragungsort für so manches Konzert oder Party, haben die ein oder andere Schließung durchmachen müssen, sondern sind auch breiter Kulturraum in diverser Form und Farbe. Trotz der großen Ungewissheit, was die kommenden Monate mit sich bringen würden, trafen wir damals die für uns schwierige, aber richtige und wichtige Entscheidung, alle Veranstaltungen bis auf Weiteres abzusagen. Diese Einschränkungen erforderten ein Umdenken bezüglich der Organisation des AZs und so verbrachten wir die vergangenen Monate mit vielen Diskussionen und neuen Ideen.

Konsequenzen einer Schließung

Nach der Schockstarre der ersten Wochen nach Beginn der Pandemie tat sich für uns – neben der Frage eines möglichst sensiblen Umgangs – ein weiteres Problem auf: Geld. Paradox, da unsere Existenz von Finanzen unabhängig sein sollte und auf gegenseitiger Solidarität beruht. Wir wollen einen selbstorganisierten Raum bieten, in dem Kultur frei gestaltet werden kann. Durch den schließungsbedingten Wegfall unserer Einnahmen bei Veranstaltungen waren wir plötzlich dazu gezwungen, schnell Geld aufzutreiben. Die Fixkosten müssen irgendwie ge-



Die Theke im AZ: belebt wäre sie schöner.

(Bild: Privat)

stemmt werden. Außerdem brauchen wir am Ende noch Geld, um wiedereröffnen zu können. Die Existenz des AZs war bedroht. Doch auch der eigentliche Grund unserer Existenz, das Schaffen eines Kultur- und Freiraums für alle, fiel durch die Schließung auf einmal weg. Und so mussten wir eine Balance dazwischen finden, uns auf die Finanzierung des Ladens zu konzentrieren und gleichzeitig coole alternative Möglichkeiten zu bieten. Denn unter der Schließung leidet nicht nur das AZ selbst, sondern auch die Menschen, die sich darin bewegen und es zu dem machen was es ist. Das AZ ist nicht ausschließlich ein Partyraum. Es ist ein Ort, in dem sich Menschen in einer möglichst sicheren Umgebung ausprobieren und entfalten können, unabhängig von gesellschaftlichen Rollenbildern und Normen. Gleichzeitig werden Erfahrungen, Ideen und Meinungen ausgetauscht, beispielsweise bei Diskussionsveranstaltungen verschiedener politischer Gruppen. Diese soziale und politische Komponente des persönlichen Austauschs fällt mit der Schließung weg. Die hinzukommende Isolierung im Alltag ist für viele Menschen sehr belastend. Dennoch hielten wir eine Schließung für notwendig; dies entschieden wir nicht aufgrund von gesetzlichen Regelungen, sondern aus Solidarität mit Menschen aus Risikogruppen und anderen Leidtragenden der Pandemie: Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, Menschen auf der Flucht, auf der Straße, und im Knast. Dies bedeutete für uns aber nicht, in Winterschlaf zu verfallen, wir begannen beispielsweise damit, uns mit Kritik auseinanderzusetzen.

Neben der Ladenerhaltung und einigen Reparaturen wollten wir auch Alternativen zu einigen Veranstaltungen unseres Regelbetriebs

finden, die für alle möglichst zugänglich sein sollen. Das stellte sich jedoch als schwierig und sehr arbeitsintensiv heraus: Das AZ ist in einem unterirdischen Bunker, was ein Hygienekonzept erschwert. Onlineveranstaltungen hingegen sind nicht für alle zugänglich und bieten nicht annähernd dieselben Möglichkeiten z. B. eines Live-Konzertes. Um unseren Diskurs nicht nur alleine im Bunker, sondern auch auf der Straße auszutragen, haben wir am zweiten Oktober 2020, trotz der erschwerenden Auflagen durch die Behörden, unsere Nachttanzdemo „take back the night – Tanzdemo für Autonome Kultur“ veranstaltet. Die hohe Besucher*innenanzahl, das positive Feedback und die uns entgegengebrachte Solidarität haben uns bestätigt, wie wichtig und gefragt solche Angebote in dieser Zeit sind. Doch auch finanziell konnten wir durch den Verkauf von Soli-Shirts für die nächsten Monate aufatmen.

Was die Zukunft bringen wird

Das ist für uns alle noch ungewiss. Fest steht, wir werden auch weiter auf einen sicheren Umgang mit der Pandemie setzen und auch unsere Angebote weiterhin den Umständen entsprechend anpassen. Wir werden, wenn es wieder erlaubt ist, selber entscheiden ab wann und vor allem wie wir das AZ wieder für Besucher*innen öffnen können. Wir werden den autoritären Behörden weiterhin kritisch gegenüberstehen, da die Auflagen nach wie vor hauptsächlich die wirtschaftlichen Interessen und den Kapitalismus im Blick haben. Es wird viel zu wenig auf gemeinwohlorientierte Konzepte gesetzt, welche gerade in diesen Zeiten sehr wichtig für ein gutes Leben für alle wären. Stattdessen werden viele mit ihren Problemen alleine gelassen und zu Hause isoliert, sofern sie denn ein zu Hause haben. Wir arbeiten hart daran, dieses Jahr mehr Raum für Angebote zu bieten, gerade weil das Privat- und Kulturleben in diesen Zeiten hinten anstehen muss und in der jetzigen Corona-Politik eine eher geringere Rolle spielt. Derzeit planen wir ein Streaming-Event mit Musik, Vorträgen und einem Puppentheater, welches am 23.03.2021 stattfinden wird. Wir geben unser Bestes aus der jetzigen Situation etwas zu machen, auch da Ende 2022 unser Mietvertrag ausläuft und wir dann vor der nächsten Existenzbedrohung stehen könnten.

Subkulturelles Leben in Aachen

Die aktuelle Situation ist nicht die erste schwierige Situation, die wir durchmachen mussten. Unsere Existenz war schon häufiger bedroht, aber Corona stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Dabei vergessen wir nie, dass wir keine Ausnahme sind und nicht gerade wenige Läden in den vergangenen Jahren schließen mussten. Alleine in Aachen bedauern wir beispielsweise die Schließungen des Hauptquartiers, des Malteserkellers, des Jakobhofs, des

Aoxomoxoas und beobachten das Kultursterben mit Trauer und Wut. Natürlich stecken hinter den coronabedingten Problemen und (möglichen) Schließungen andere Gründe als jene, die Schuld an den Schließungen der genannten Räume hatten. Wir müssen in der Lage sein, all diese Räume mitzudenken und die Entwicklungen in Zusammenhang zu bringen. Wir wissen um unsere erkämpften Vorteile gegenüber denen, die hohe Mieten, Haltungs- und Personalkosten tragen müssen oder sonstige Schwierigkeiten zu meistern haben.

Wir wollen aber auch darauf aufmerksam machen, was passiert, wenn Kulturräume schließen müssen. Das vielfältige subkulturelle Leben und die Diversität Aachens verblasst und das nicht nur coronabedingt. Die Gründe dafür sind sicherlich so unterschiedlich, wie die Räume selbst es mal waren, jedoch sind die Schließungen auch auf die Stadtpolitik der vergangenen Jahre zurückzuführen. Wir erleben Gentrifizierung und Modernisierungen, die in Wertsteigerungen und steigenden Mieten münden. Außerdem findet eine Zentralisierung von Konsum innerhalb der Stadt statt, die den Einzelhandel stark belastet. Die Räume, in denen wir uns vernetzen und ausprobieren können, in denen wir selbst wirksam sind, werden immer weniger und somit wird auch die linke und alternative Szene kleiner. Von diesen Räumen sollte es nicht weniger, sondern viel mehr geben, weil sie unbedingt notwendig sind! Der Anspruch sollte deshalb nicht nur „Kein Tag ohne Autonomes Zentrum“, sondern auch „Jeden Tag ein Zentrum mehr“ sein.

Autonomes Zentrum Aachen

Kommentar

Online, aber trotzdem da!

Unter dem Motto „Bunkerfunk – AZ on air“ veranstaltet das Autonome Zentrum Aachen am 20. März 2021 einen Livestream. In diesem wird eine bunte Mischung aus Bildung, Unterhaltung und Musik auf unsere geliebten Zuschauer*innen zukommen. Obwohl dieser Stream mit einem Jahr nach Anfang der Corona-Pandemie erst recht spät kommt, ist seine Wichtigkeit für Organisierende im AZ sowie für Besucher*innen signifikant. Ein Gefühl, das uns allen fehlt, ist die Nähe zu den Menschen und Orten, die uns sonst so viel bedeuten. Es ist eine Art der Verbundenheit und Vertrautheit, die wir fühlen, wenn wir dort sind. Es ist ein Teil unseres Herzens, ein Teil unseres Zuhauses. Schon bei der Tanzdemo im letzten Herbst haben wir gemerkt, für wie viele Menschen das AZ so ein Ort ist. Die Offenheit, mit der manche Besucher*innen auf uns zugekommen sind, um ihre Liebe und Unterstützung für den Bunker auszudrücken, war überwältigend. Uns ist wichtig, dass ihr nicht vergesst, dass wir immer noch da sind. Dass wir immer noch organisieren, plenieren, kommunizieren, reagieren. Dass wir weiterhin für die Existenz des AZs kämpfen, auch wenn es schwieriger geworden ist. Dieser Livestream ist ein Signal dafür. Eine Erinnerung daran, dass wir uns trotzdem für euch ins Zeug legen, aber im Gegenzug genauso von eurer Unterstützung leben. Dies gilt sowohl für aktive Unterstützung, sowie für Support in Form von Spenden und Solidaritätsbekundungen. Wir möchten weiterhin versuchen unsere Besucher*innen nicht alleine zu lassen. Und wir hoffen, dass ihr uns auch nicht alleine lasst.

Emmi aus dem AZ

Flachwitze mit Torben

Wer mit der dritten Welle im März nicht zufrieden ist: Keine Sorge, Juli bringt die perfekte Welle!



Ordnung, Sauberkeit, Disziplin.

(Bild: Privat)

→ Fortsetzung von S. 1: Überall Cops, nirgendwo Gerechtigkeit
Diese wurden nämlich ohne Angaben von Gründen auf dem Markt ein weiteres Mal gekesselt. Nachdem der Kessel aufgelöst war, wurden zwei Antifaschisten, die sich mit Fahrrädern auf dem Markt befanden, von mehreren Hundertschaftsbullen in eine angebliche „allgemeine Verkehrskontrolle“ verwickelt. Diese fadenscheinig begründete Kontrolle von Demonstrationsteilnehmer*innen wurde schnell und ohne Notwendigkeit eskaliert. Die beiden Antifaschisten wurden zu Boden gebracht und einer von ihnen dann mit gezielten Faustschlägen zum Kopf bearbeitet.

Als dieser dann zur nächstbesten Wand verbracht wurde, konnten die Bullen nicht umhin, ihn noch einmal mit Faustschlägen zu traktieren und zu Boden zu werfen. Währenddessen war er die ganze Zeit über mit Kabelbindern an den Handgelenken gefesselt. Der Andere wurde auf sein am Boden liegendes Fahrrad geworfen, dort fixiert und später an einer Häuserwand festgesetzt. Beide wurden nach einiger

Zeit mit einem Gefangenentransporter weggeführt und nach einer Stunde Gewahrsam zur „Gefahrenprävention“ wieder entlassen. Wie die Bullen vor Ort schon verlauten ließen, droht ihnen nun ein Prozess wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dieser Paragraph kann bei einem gut eingespielten Team von Polizei-Zeug*innen und derzeitiger Rechtslage schon bei einem widerspenstigen Hinfallen Anwendung finden.

Wir werten dies als klaren Akt der politischen Gewalt, um an Namen und Daten von politisch unliebsamen Aktivist*innen zu gelangen. Und nicht zuletzt, um andere davon abzuhalten, die heilige Autorität der Polizei infrage zu stellen. Denn hat sich der Polizeiapparat einmal in Bewegung gesetzt, verfolgt er nur noch die eigenen Ziele. Ob diese nun von politischer Ebene vorgegeben sind oder dem kleinkarierten, hasserfüllten oder rassistischen Weltbild des Zugführers oder Bereitschaftsbullen entspringt, ist für die von Repression Betroffenen relativ unerheblich. Sind es doch seit jeher die Gleichen,

die unter staatlicher Gewalt leiden und die Gleichen, die es sich leisten können wegzuschauen.

Die Verantwortlichen [...] sind darum bemüht die blau-weiße Welle aus Scheiße, die durch unsere Straßen rollt, mit immer weiteren Befugnissen zu verwöhnen.

Die Verantwortlichen in der Politik sind darum bemüht die blau-weiße Welle aus Scheiße, die durch unsere Straßen rollt, mit immer weiteren Befugnissen zu verwöhnen. Und das mit dem einzigen Interesse, die bestehende Hierarchie und die eigene Position darin nicht zu gefährden. Auch wenn sich rechte Polizist*innen und Soldat*innen in anti-staatlichen Terrorzellen organisieren und Putschversuche planen. Diese Befugnisse werden genutzt, ob es der eigens für den G20-Gipfel in Hamburg ausgeweitete Widerstandsparagraph ist oder die fest zugedrückten Augen von Politik und Justiz bei

jedem Anzeichen von extrem rechten Einzeltäter-Netzwerken in den Behörden.

Die Aachener Lokalpresse tut schon seit langer Zeit ihren Teil und druckt die Lügen aus der Pressemitteilung der Polizei in hundertprozentigem Wortlaut.

Also bleibt uns nur, weiter unsere eigenen Strukturen zum Umgang mit Repression zu pflegen. Und unsere eigenen Informationskanäle und Medien zu nutzen und auszubauen, damit sich weniger Leute mit Repression alleine fühlen. Bis die Scheiße aufhört! **Anonym**



Fahrräder kurz nach der Festnahme.

(Bild: aixformation.de)

Rechte Gesinnung und Netzwerke in den Sicherheitsbehörden Veröffentlichungen aus dem Jahr 2020

Bei dieser Chronik ist wichtig zu beachten, dass es zurzeit viele Berichte über rechte Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden oder über Polizist*innen, die sich antisemitisch oder rassistisch äußern, gibt. Es ist nicht immer möglich nachzuvollziehen, wann sich die Vorfälle eigentlich ereignet haben. Der Informationsfluss ist zäh, wie in den letzten Ausgaben der Tacheles schon beschrieben wurde, die Erstveröffentlichungen sind oft unvollständig und es werden häufig Informationen nachgereicht. Da sich die Ereignisse überschlagen, ist es nicht möglich die Chronik auf einen aktuellen Stand zu bringen – wir haben es trotzdem versucht. Der Komplex um den extrem rechten Verein Uniter und um die Person „Hannibal“ würde den Rahmen sprengen und findet nur teilweise Erwähnung. Zudem ist zu beachten, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist, denn es sind „nur“ die bekannt gewordenen Vorfälle und wie auch schon unser lieber Inneminister Reul bemerkte: Wer suche, der findet. Aber die letzten Jahre wurde nicht gesucht, sondern aktiv weggeschaut und vertuscht. So etwas ändert sich nicht von jetzt auf gleich. Die Chronik umfasst die Bundeswehr, den Verfassungsschutz, die Polizei, sowie Ämter und Ministerien. Der Fokus liegt auf der Polizei.

Februar:

Berlin. Durchsuchung bei einem*r Polizist*in, der*die Wortführer*in in einer Chatgruppe war, in der rechte Inhalte geteilt wurden.

Sachsen. Gegen drei Polizeianwärter*innen werden Ermittlungen wegen der Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen eingeleitet. Sie werden vom Dienst suspendiert.

NRW. Terrorzelle S. fliegt auf. Ein Mitglied, Thorsten W., war Verwaltungsmitarbeiter der Polizei in Hamm. Die Zelle plante Anschläge auf

Politiker*innen, Asylsuchende und Moscheen. Es werden zahlreiche Waffen sichergestellt.

März:

NRW. Der Polizist Julius H., ehemaliger Sprecher der AfD in Hamm, wird wegen des Verdachts auf Volksverhetzung suspendiert.

Berlin. Ein Polizist soll interne Informationen bezüglich des Breitscheidplatz-Attentats an die AfD weitergeben haben. Zu der Chatgruppe mit zwölf Mitgliedern gehört auch Thilo P., der unter Verdacht steht, an der extrem rechten Anschlagsserie in Neukölln beteiligt gewesen zu sein.

Juli:

Wiesbaden, Frankfurt. Von Polizeicomputern wurden persönliche Daten von Journalist*innen, Politiker*innen und Kabarettist*innen abgefragt, die später Drohschreiben mit der Unterschrift „NSU 2.0“ bekamen. Mehrere Beam*innen werden suspendiert.

Berlin. Antifaschistische Recherchen belegen, dass Bodo Pfalzgraf, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Berlin, in den 1990er Jahren in der extrem rechten Szene vernetzt und Gründungsmitglied des „Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerks“ war – eine Tarnorganisation für extrem rechte Veranstaltungen.

Potsdam. Gegen zwei Polizeibeamt*innen wird wegen Datenabfragen ohne dienstlichen Bezug ermittelt. Beide waren Mitglieder beim Verein „Uniter“, der Teil des extrem rechten „Hannibal“-Netzwerks ist.

August:

Berlin. Der Polizist Stefan K. steht vor Gericht, weil er an einem rassistisch motivierten Übergriff beteiligt gewesen sein und die Ermittlungen beeinflusst haben soll. Es stellt sich

heraus, dass er Mitglied der Ermittlungsgruppe Rechtsextremismus (EG Rex) war und womöglich in die Ermittlungen zur rechten Neuköllner Anschlagsserie involviert war.

Thüringen. Interne Ermittlungen richten sich gegen eine*n Polizist*in wegen dem Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole mit extrem rechtem Bezug.

September:

Hessen. Weitere Recherchen der taz zum „NSU 2.0“ führen zu Johannes S., einem hessischen Polizeibeamten.

NRW. Fünf Chatgruppen bei der Polizei fliegen auf, in denen rassistische und antisemitische Hetze sowie Hitler verherrlichende

Inhalte geteilt wurden. 31 beteiligte Polizeibeamt*innen werden suspendiert. Es gibt Durchsuchungen in 34 Polizeidienststellen in Duisburg, Essen, Moers, Mülheim und Oberhausen.

Mecklenburg-Vorpommern. Zwei Polizist*innen aus Rostock und Neubrandenburg werden suspendiert, nachdem auf ihren Handys antisemitische, ausländerfeindliche sowie Nazis verherrlichende Nachrichten gefunden wurden.

Berlin. Es wird bekannt, dass ein Personenschützer des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Mitglied beim rechten und paramilitärischen Verein „Uniter“ ist.

Sachsen. Die Leipziger Polizei ermittelt gegen eine*n Beamt*in der Polizei Leipzig. Diese*r steht im dringenden Verdacht, sich in einem Chat rechts und rassistisch geäußert zu haben.

Oktober:

Berlin. Investigative Recherchen decken eine Chatgruppe auf, in der sich 25 Polizist*innen über mindestens drei Jahre vernetzten. Sie teilten rassistische und islamfeindliche Hetze, wünschten sich einen „Gesinnungstest“ zur Aufnahme bei der Polizei, der lauten sollte: „Erschießen Sie sechs illegale Einwanderer“. Ein in Kenntnis gesetzter Vorgesetzter forderte die Beamt*innen lediglich dazu auf, keine strafrechtlich relevanten Inhalte zu verschicken.

NRW. Beim Verfassungsschutz fliegt eine weitere rechte Chatgruppe auf. Beteiligt sind vier Mitarbeitende, davon drei aus dem Observations-team, das sich mit Rechtsextremismus befasst, und eine Verwaltungssachbearbeiter*in in der Polizeiabteilung. Das Observations-team wird aufgelöst, Disziplinarmaßnahmen werden eingeleitet.

Brandenburg. Der rbb berichtet von sieben extrem rechten Vorfällen seit 2017 an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg, die dienstrechtliche Maßnahmen nach sich zogen.

NRW. Weitere 29 Beamt*innen bei der Polizei stehen unter Verdacht, Teil rechter Gruppenchats gewesen zu sein.

Sachsen. Ein Polizeibeamter aus Dresden wird wegen extrem rechter Äußerungen in einer Chatgruppe von Security-Mitarbeiter*innen suspendiert. Vor dem Polizeidienst war er in der Security-Branche tätig. Er fiel im Verfahren rund um die „Freie Kameradschaft Dresden“ auf. Im Chat hat er unter anderem den Generalstaatsanwalt als „Zeckenstaatsanwalt“ bezeichnet.

Bayern. Ein Kripo-Beamter der Abteilung Staatsschutz steht vor Gericht, weil er seinen Schreibtisch mit einer Reichskriegsflagge und einer Collage aus Hakenkreuzen, Hitlerbildern und einer SS-Rune schmückte. Außerdem soll er vertuscht haben, dass eine*n Kolleg*in Verfasser*in einer volksverhetzenden Nachricht war.

Berlin. 26 Studienanfänger*innen bei der Polizei haben in einer Chatgruppe menschenverachtende Memes geteilt. Der polizeiliche Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf.

Hamburg. Die Polizei entlässt eine Mitarbeiterin, da sie der Reichsbürgerszene angehören soll.

Deutschland. Lagebericht zu Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden vom Verfassungsschutz wird veröffentlicht. Für den Zeitraum Januar 2017 bis März 2020 nennt der Bericht 377 Verdachtsfälle. Dazu kommen 1064 Verdachtsfälle beim Militärischen Abschirmdienst für den Bereich der Bundeswehr.

NRW. Zahl der Verdachtsfälle steigt auf 151. In den ausgewerteten Chats gab es u. a. Fotos von Weihnachtsbaumkugeln mit SS-Runen und „Sieg Heil“-Beschriftung, einem Hakenkreuz aus Dienstmunition, zwei Beamt*innen auf Streifenwagen, die den Hitlergruß zeigen, sowie Videos, in denen Polizist*innen die erste Strophe des Deutschlandliedes singen.

Berlin. Das Bundesverteidigungsministerium beschäftigt einen Beamten aus Hamburg, der der extrem rechten Burschenschaft „Germania“ angehören soll.

November:

NRW. Erneute Razzien wegen extrem rechter Chatgruppen unter anderem in Essen, Mülheim, Velbert (und im Emsland, Niedersachsen). Durchsucht werden Privatwohnungen und Räume im Polizeipräsidium Essen. Insgesamt werden 15 Beamt*innen verdächtigt. Zwei der Chatteilnehmer*innen waren auch in den im September entdeckten Chatgruppen aktiv. Zehn von ihnen werden vom Dienst suspendiert.

NRW. Mittlerweile werden 191 Beschäftigte der Polizei NRW verdächtigt rassistisches und rechtes Gedankengut verbreitet zu haben.

Dezember:

NRW. Von den 31 im September suspendierten Polizist*innen stehen 15 weiterhin unter Verdacht. Die Vorwürfe erweitern sich in mehreren Fällen um „Nähe Kinderpornografie“, Verstöße gegen das Waffengesetz, Versicherungsbetrug und Verrat von Dienstgeheimnissen. In den anderen 16 Fällen werden die Suspendierungen aus verschiedenen Gründen aufgehoben. Bei manchen soll es sich angeblich um „Hitler-Parodien“ gehandelt haben, in anderen Fällen sei die Straftat verjährt. Bei einem weiteren Verdachtskomplex in Essen ist nun die Rede von 20 Polizeibeamt*innen.

NRW. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Hinweise auf Rechtsextremismus bei der Polizei NRW nun auf 202.

AK Antifa Aachen



Karikatur: Rechte Cops.

Neues Versammlungsgesetz für NRW

Unter dem Vorwand der Extremismusbekämpfung soll die Versammlungsfreiheit dauerhaft stark eingeschränkt werden

Ende Januar hat die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalens im Windschatten der Coronapandemie den Entwurf für ein neues Versammlungsgesetz in den Landtag eingebracht. Ermöglicht wird dies durch die Föderalismusreform aus dem Jahr 2006, welche den Ländern die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht übertragen hat. Der vom Innenminister Herbert Reul (CDU) initiierte Gesetzesentwurf sieht dabei massive Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie den Ausbau polizeilicher Befugnisse bei Versammlungen vor. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland bietet nur wenige direkte politische Mitwirkungsrechte, außerhalb der Wahlen ist selbst der Einfluss der Mehrheitswähler*innen stark begrenzt. Die Versammlungsfreiheit bleibt damit das einzige Mittel „ursprünglich-ungezügelter unmittlbarer Demokratie“ und politischer Teilhabe, die unbedingt geschützt werden muss.

Reul übernimmt nun Aspekte aus dem bayerischen Versammlungsgesetz [...] die offensichtlich für verfassungswidrig erklärt werden würden.

Anstatt dieses hohe Gut unserer Demokratie zu schützen, sollen nun unter dem Vorwand, gegen Rechts zu kämpfen, Versammlungen in ein enges Korsett geschnürt und deren Ausübung für alle erschwert werden.

So sieht der Entwurf des neuen Versammlungsgesetzes ein sogenanntes Militanzverbot vor: Verboten sein sollen danach alle Veranstaltungen oder auch schon die Teilnahme an diesen, wenn sie infolge des äußeren Erscheinungsbilds, durch das „Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken“, durch „paramilitärisches Auftreten“ oder in „vergleichbarer Weise“ gewaltbereit oder in „vergleichbarer Weise“ einschüchternd wirken. Schwammige Formulierungen wie „in vergleichbarer Weise“ und „einschüchternd wirken“ überlassen die Deutungshoheit den Behörden und bergen hohes Missbrauchspotential. Neben neonationalistischen Gruppierungen werden absurderweise auch der „Schwarze Block“ sowie die Maler*innenanzüge des Anti-Kohle-Bündnisses Ende Gelände als Beispiel aufgeführt und könnten zukünftig unter das Militanzverbot fallen. Durch das Fehlen jeglicher Bestimmtheit an dieser Stelle kann schon das Tragen eines schwarzen Pullovers und einer Sonnenbrille zu einem Verstoß gegen das Militanzverbot führen. Verstöße sollen dabei mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden.

Die erhebliche Verschärfung des bereits vorhandenen Störungsverbots von Versammlun-

gen im neuen Gesetzesentwurf zielt mit noch größerer Deutlichkeit auf antifaschistischen Protest und die Blockade von Naziaufmärschen ab. Die Androhung, eine nicht verbotene Versammlung behindern zu wollen – wie z. B. der Aufruf „Naziaufmarsch verhindern!“ – könnte in NRW demnächst bereits zur Anklage führen und mit völlig unverhältnismäßigen Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren oder einer Geldstrafe belegt werden. Darüber hinaus soll auch „die Vorbereitung oder Einübung von Störungshandlungen [...], wenn ein konkretes Versammlungsgeschehen nicht absehbar ist“ unterbunden und sogar strafrechtlich sanktioniert werden und verbietet damit rechtlich zulässige Blockadetrainings. Dabei wurde 2012 bereits vom Oberverwaltungsgericht in Münster geurteilt, dass friedliche Blockaden von der Versammlungsfreiheit durch Art. 8 GG geschützt sind.

Darüber hinaus soll der Anmeldeprozess von Versammlungen stark erschwert und bürokratisiert werden und Anmelde*innen stark eingeschüchtert und drangsaliert werden. So müssen Veranstalter*innen namentlich auf der Einladung zu einer Versammlung stehen. Sämtliche Veranstalter*innen werden, allein durch die Ausübung eines Grundrechtes, ungewollt zur öffentlichen Person. Weiter wird die Privatsphäre untergraben, indem Veranstalter*innen unter bestimmten Bedingungen Name und Adresse der Ordner*innen den Behörden mitteilen müssen. Schließlich sollen Veranstalter*innen belangt werden können, wenn Demonstrationen anders ablaufen, als zuvor bei der Anmeldung abgesprochen wurde.

Personen kann die Teilnahme an Versammlungen von Behörden untersagt werden, „wenn von diesen [...] eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht.“ So eine Maßnahme wurde von den Verwaltungsgerichten nur in Ausnahmefällen als rechtmäßig erachtet. Aufgrund des besonderen grundrechtlichen Schutzes von Versammlungen sind diese „polizeifester“. Das bedeutet, dass polizeiliche Maßnahmen gegen eine Versammlung oder deren Teilnehmer*innen nur auf Grundlage des Versammlungsgesetzes erlaubt sind. Eingriffe auf Basis des Polizeigesetzes sind rechtswidrig. Das Gesetz sieht vor, dass in bestimmten Fällen Maßnahmen gegen Versammlungsteilnehmer*innen auf Basis des Polizeigesetzes getroffen werden dürfen. So werden polizeiliche Kontrollstellen ermöglicht, um „Straftaten [...] zu verhüten“. An diesen Kontrollstellen soll das Polizeirecht gelten. Die Polizei hat hier demnach weitreichende Befugnisse, kann Personen durchsuchen und deren Identität feststellen. Ist eine Identitätsfeststellung nicht möglich, können Personen auch in Gewahrsam genommen werden. Außerdem wird in dem Gesetz nicht ausgeschlossen, dass Kontrollstellen mitten in der Versammlungsfläche eingerichtet werden. Der

Polizei wird die Anfertigung von Übersichtsaufnahmen ermöglicht, wenn dies zur „Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes“ notwendig ist und dies wegen „der Größe und Unübersichtlichkeit der Versammlung“ erforderlich ist. Diese Aufnahmen dürfen unter bestimmten Voraussetzungen bis zu einem Jahr gespeichert werden.

Viele kritisierte Aspekte des neuen Versammlungsgesetzes NRW hat sich Reul nicht selbst ausgedacht. Sie stammen aus dem ersten bayerischen Versammlungsgesetz von 2008. Dazu zählt das unbestimmt formulierte Militanzverbot, die Pflicht den Namen der Veranstalter*in auf die Einladung zur Versammlung zu drucken, oder auch, dass die Anzeige einer Versammlung nicht telefonisch, sondern nur schriftlich erfolgen kann. Gegen das bayerische Gesetz wurde 2009 eine Verfassungsbeschwerde erhoben. In einem Eilverfahren wurden einige kritisierte Aspekte außer Kraft gesetzt, jedoch nicht der gesamte Gesetzestext, weil Bayern sonst ganz ohne Versammlungsgesetz dagestanden hätte. Reul übernimmt nun Aspekte aus dem bayerischen Versammlungsgesetz in den Entwurf für NRW, die offensichtlich für verfassungswidrig erklärt werden würden. Das ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten und zeugt vom äußerst verkorksten Rechtsverständnis des Innenministers.

Im Ganzen ist das neue Gesetz [...] nicht versammlungsfreundlich, sondern behördenfreundlich.

Im Ganzen ist das neue Gesetz von versammlungsfeindlichen Charakter: Es ist nicht versammlungsfreundlich, sondern behördenfreundlich. Zu Spontanversammlungen, die keine Versammlungsleitung benötigen, heißt es in der Gesetzesbegründung zum Beispiel: „Versammlungen ohne Veranstalter sind aus Sicht des Gesetzgebers als verfassungsrechtlich zulässiger, verwaltungspraktisch aber unerwünschter Ausnahmefall einzuordnen“. Protest ist für eine Demokratie überlebensnotwendig, denn nur dadurch kann sie sich weiterentwickeln. Im Entwurf wird dieser dagegen als Bedrohung dargestellt. Das Ziel des Gesetzes ist klar: Es geht darum, das unliebsame Grundrecht der Versammlungsfreiheit einzuschränken und kontrollierbar zu machen und zielt dabei vor allem auf die Antifa- und Klimagerechtigkeitsbewegung ab.

Auch wenn Versammlungen in der Pandemie nur bedingt möglich sind, sollten wir unserer Empörung über diesen Gesetzesentwurf mit deutlichem Protest Gehör verschaffen, damit wir auch in Zukunft lautstarken Protest gemeinsam auf die Straße bringen können.

Fredda und Simone



Banneraktion am Elisenbrunnen in Aachen gegen das neue Versammlungsgesetz NRW.

(Bild: Privat)

Protestkultur in Aachen

08. März: Kundgebung zum Frauen*kampftag am Elisenbrunnen mit 500 Teilnehmer*innen. Im Anschluss zog eine wütende Spontandemo mit ca. 150 Menschen durch die Innenstadt und lies sich nicht aufhalten.

07. März: Bannerdrop zum Frauen*kampftag an der St. Follian Kirche am Münsterplatz. Gefordert wird „legale und kostenlose Abtreibung und Infos dazu ohne wenn und aber“.

07. März: Waldspaziergang mit ca. 300 Menschen am Chorusberg, in Solidarität mit der Besetzung gegen den Immobilienhai Gerd Sauren.

06. März: Plakataktion in Solidarität mit dem hungerstreikenden Dimitris Koufontinas in Griechenland.

06. März: Antifaschist*innen veranstalten eine Demonstration am Markt unter dem Motto „Solidarisch durch die Pandemie“ und sprechen sich gegen Antisemitismus und Verschwörungsmythen aus.

26. Februar: Recht auf Stadt Aachen solidarisiert sich mit dem Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, versammelt sich am Markt und fordert: „Wohnungskonzerne enteignen: Heute in Berlin – morgen überall!“

20. Februar: Um die Rodung eines Restwaldstückes am Chorusberg durch den Immobilieninvestor Gerd Sauren zu verhindern, besetzen Aktivist*innen einige der Bäume und bekommen viel Zuspruch von den Anwohner*innen.

20. Februar: An mehreren Orten in der Innenstadt hält die Seebrücke Kundgebungen ab. Gleichzeitig protestieren am Aachener Markt Antifaschist*innen gegen die Querdenken-Veranstaltung dort. Außerdem ist ein Bücherbus mit Literatur zu Rojava am Elisenbrunnen.

19. Februar: Am Elisenbrunnen versammeln sich hunderte Menschen um den Opferdenkmal des Terroranschlags in Hanau 2020 zu gedenken. Dort wurden neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordet.

19. Februar: Ein Memorial im Gedenken an die vor einem Jahr aus rassistischen Motiven ermordeten Menschen in Hanau taucht in der Talstraße in Form eines Graffiti auf.

18. Februar: In Lützerath wurde ein Bagger erfolgreich besetzt, der Bäume an der Landstraße fällen wollte. Die Aktivist*innen laden ein: „Kommt nach Lützerath, wir bauen hier gemeinsam einiges auf!“

14. Februar: Unter dem Motto „Solidarität: Jetzt! Für einen solidarischen Lockdown, gegen Verschwörungsideologien und Nazis“ gingen einige Menschen gegen eine Querdenken-Veranstaltung auf die Straße. Am Rande kam es zu Angriffen von Querdenker*innen, Nazis und Polizei auf den antifaschistischen Protest.

14. Februar: Mehr als 350 Menschen sind beim Dorfspaziergang in Keyenberg. Die Aktivist*innen fordern, dass 600 Mio. Tonnen CO2 hier im Boden bleiben müssen!

06. Februar: Der Antisemit und Verschwörungsideologe Ansgar Klein spricht bei einer Querdenken-Veranstaltung am Markt. Dagegen sind einige Antifaschist*innen auf der Straße, teilen laut ihre Meinung und verteilen eigene Flyer mit Hintergrundrecherche zur rechten Gesinnung der Querdenker*innen.

→ Fortsetzung auf Seite 12

→ Fortsetzung von Seite 1: Besetzung am Chorusberg

Nicht nur Klimaschutz

Mit der Besetzung reißen wir aber nicht nur das Thema „Klimaschutz“ an, sondern auch das Thema „Leerstand von Wohnraum“. Der Großinvestor Sauren ist in Aachen bekannt. Ihm gehören etwa 400 Wohneinheiten und 150 Geschäftseinheiten in der Stadt – Schade nur, dass viele davon leer stehen. Wir verdanken ihm definitiv die schönen leeren Schaufenster in der oberen Adalbertstraße. Auch die riesige leerstehende Villa mit Hof auf dem Chorusberg



Die rote Umrandung markiert den ehemaligen Wald.

(Bild: Google Earth/Geobasis DE BKG © 2009)

soll ihm gehören. Da das Waldgrundstück laut Flächennutzungsplan der Stadt niemals bebaut werden darf, rätseln wir, ob Herr Sauren eventuell eine bessere Aussicht aus seiner Villa haben wollte... Oder möchte er vielleicht die Fläche roden, um dann doch zu bauen? So gut wie er vermutlich vernetzt ist – hier und da mal nachhören, Druck machen, Gelder „spenden“ und schwupps! – klappt das doch mit der Baugenehmigung? Denn eins wäre klar, bebaut könnte man das Grundstück sicherlich in noch mehr Geld verwandeln! Es ist endlich an der Zeit, dass Wohnraum kein Luxus mehr ist, der vom „Markt

geregelt“ wird. Es kann nicht sein, dass Investoren wie Sauren Wohnraum jahrelang ungenutzt lassen dürfen und durch Steuererleichterungen ihren Reichtum noch größer machen, indem sie Häuser vergammeln lassen!

Etwas früher als die Waldbesetzung in Aachen gab es eine Baubesetzung in Halle (Westfalen). Hier wollte der Süßwarenhersteller Storck ein Waldstück ebenfalls roden und ein Fluss sollte umgeleitet werden, damit die Fabrik vergrößert werden kann. Die Besetzung von Aktivist*innen von Ende Gelände und Extinction Rebellion dort war erfolgreich! Der Süßwarenhersteller sagte die Rodung ab, es gibt eine kurze Verschnaufpause und das Thema wird in der Politik neu diskutiert.

Solidarität im „Bonzenviertel“

Hier in Aachen ist das Besondere an der Besetzung, dass sich die Nachbarschaft so stark solidarisiert. Wie es in den Aachener Nachrichten recht treffend beschrieben wurde trifft hier „Antikapitalismus auf Kapital“. Hier wohnen viele, von denen wir glauben, dass ihnen unsere Anliegen meistens egal oder fremd sind. Sie sind so privilegiert, dass sie gesellschaft-

liche Probleme nicht mehr wahrnehmen oder nur Angst davor haben, ihre Privilegien durch unsere Proteste und geäußerten Träume wieder zu verlieren. Aber irgendwie ist es hier auch anders, denn es ist ein Dialog mit Menschen außerhalb „der Bubble“ entstanden – für alle. Wir führen täglich viele Gespräche mit Anwohnenden oder anderen Interessierten, die vorbeischaun. Es entsteht der Eindruck, dass Vorurteile abgebaut werden konnten und wir hoffen, dass eine größere Offenheit gegenüber Aktionen zivilen Ungehorsams entstanden ist. Vielleicht wird sich an uns erinnern, wenn das nächste Mal über Besetzungen wie im Danneröder Forst oder Ähnliches, die nicht das eigene Viertel betreffen, berichtet wird. Wir laden alle Anwohnenden ein, sich mit uns weiterhin zu unterhalten, um unsere Beweggründe zu verstehen und Ängste vor dem Antikapitalismus abzubauen – denn sie sind ja gerade auch ein wichtiger Teil der Besetzung, indem sie uns helfen, jeden Morgen Tee und Kaffee kochen, noch mehr kochen, spenden... Und sie leben so, wenn auch nur einen Moment, einen Teil einer von uns erträumten Utopie mit!

Besetzer*innen am Chorusberg

Lützerath ist ein kleines Dorf in der Nähe von Erkelenz. Das Dorf soll zusammen mit sechs weiteren Dörfern im rheinischen Braunkohlerevier dem Tagebau Garzweiler weichen. Viele Bewohner*innen sind schon umgesiedelt worden. Bis Ende 2021 soll das letzte Haus abgerissen sein.

Im Dezember wurde ein Gutachten durch das Wirtschaftsministerium NRW öffentlich gemacht, in dem dargelegt wird, dass die Orte Keyenberg, Kuckum, Beverath sowie Ober- und Unterwestrich gar nicht umgesiedelt und zerstört werden müssten. Würden die Empfehlungen der Braunkohlekommission 1:1 umgesetzt, bräuhete das Braunkohlevorkommen laut dem Gutachten gar nicht mehr abgebaut werden. Skandalös ist dabei, dass das Gutachten offensichtlich so lange zurückgehalten wurde, bis Nägel mit Köpfen gemacht und der Abriss und die Umsiedlung der Dörfer beschlossen wurden. Einmal mehr macht es den Eindruck, als wären Konzerninteressen wichtiger als die Interessen der Menschen vor Ort und größer gedacht: wichtiger, als die Einhaltung von Klimazielen und der Schutz der Umwelt.

Im Sommer 2020 wurde die Verbindungsstraße zwischen Lützerath und Keyenberg abgerissen, im November '20 ein Großteil der Bäume gefällt und Mitte Januar '21 wurden die ersten vier Häuser abgerissen. Der Protest, der im Hambacher Forst so erfolgreich war, wird nun zunehmend in die Dörfer verlagert. Es haben sich größere Vernetzungsgruppen gebildet und viele Akteur*innen aus verschiedenen Kontexten haben zusammengefunden. Da aber gerichtliche Verfahren, die vor allem von größeren Verbänden angestrengt werden, oft zum Scheitern verurteilt sind, sieht sich ein Teil der Bewegung gezwungen, direkter einzugreifen. Die Aktivist*innen sehen Aktionen zivilen Ungehorsams als letzte Option, sich der Zerstörung durch den Konzern RWE zu widersetzen und die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit zu erreichen.

Ziviler Ungehorsam bezeichnet Aktionen, die wissentlich bestimmte geltende Rechte überschreiten, weil die Akteur*innen der Meinung sind, dass bestimmte (staatliche) Gegebenheiten gesellschaftlich ungerecht sind. In diesem Fall ist die Verstromung von Braunkohle, die nachweislich eine der schlimmsten Auswirkungen auf den Klimawandel hat, nach wie vor von der Regierung geschützt. Dagegen muss vorgegangen werden. Die Aktivist*innen überschreiten also wissentlich bestimmte Gesetze, um auf die Notwendigkeit des Handelns von Seiten des Staates aufmerksam zu machen. In Deutschland kann man zwar für das Überschreiten gewisser Gesetze im Zuge von Aktionen Zivilen Ungehorsams verurteilt werden (z.B. Hausfriedensbruch), einen Straftatbestand namens ‚Zivilen

Lützerath - Ein Dorf am Abgrund

Das ‚theoretische‘ Ende der Braunkohleverstromung

Ungehorsam‘ gibt es aber nicht. In der Regel sind die Aktionen gewaltfrei.

Mitte Januar begannen die Abrissarbeiten im Dorf. Deshalb versammelten sich Aktivist*innen verschiedener Gruppen für Aktionen oder Demonstrationen in Lützerath. Es wurden Zäune, ein Abrissbagger und verschiedene Dächer immer wieder besetzt. An einem Tag wurden die Abrissarbeiten erfolgreich gestoppt, was immer ein großer Erfolg ist bei Aktionen zivilen Ungehorsams. Im Folgenden berichten wir von diesem Tag:

Mittwoch

Es war Tag 3 der Abrissarbeiten. Von den drei Häusern und dem großen Hof stand nicht mehr viel. Schon am Montag hatten wir mit Straßenblockaden probiert die Abrissbagger fernzuhalten. Die Blockaden wurden allerdings schon nach kurzer Zeit durch ein massives Polizeiaufgebot geräumt. Auch kreative Versuche, mit selbst gebastelten (6 m langen) Leitern die Zäune zu überwinden, scheiterten. Das Aufgebot der Polizei und der Securities² erschien übermächtig.

Jetzt waren wir noch einmal fest entschlossen, die Doppelzaunreihe zu überwinden um die Abrissarbeiten zu stoppen. Ich war nervös. In den letzten Tagen hatte es nicht selten Gewalt von den Securities gegenüber Aktivist*innen gegeben. Bei einer Aktion wurden Menschen, die ein Haus besetzen wollten, gewürgt und mit Stöcken geschlagen; sogar der Journalist, der die Aktion nur dokumentieren wollte.

Auf ein Zeichen strömten wir aus dem Hofort, hinter dem wir uns vorher versammelt hatten.

Von den Bauzäunen trennten uns nur wenige Meter, doch sofort kamen von allen Seiten Securities und Polizist*innen auf uns zugestürzt. Menschen wurden zu Boden gerissen, ich hörte Schreie; mich zerrten gleich drei Securities vom Zaun und drückten mich gewaltvoll zu Boden. Dabei rief einer: „Nicht schlagen“ und „Nicht treten“. Anscheinend war das nicht selbstverständlich. Nach ein paar Minuten, die mir wie eine Ewigkeit vorkamen, durfte ich endlich mein Gesicht vom Asphalt heben, mich aufsetzen und wurde dann zu den anderen Aktivist*innen getragen. Zu der Erleichterung, nicht in Gewahrsam zu kommen, mischte sich Enttäuschung: Wir hatten es wieder nicht geschafft, die Abrissarbeiten zu stoppen. Im Gegensatz zu mir mussten ein paar andere doch noch in Gewahrsam und blieben dort auch einige Stunden. Meine Stimmung besserte sich aber dank der Anderen wieder. Wir sangen oder stimmten Sprechchöre an, spielten Musik und tanzten uns wieder warm. Insgesamt war es schwierig tatenlos zuzusehen, wie die riesigen Abrissbagger eine Wand nach der anderen einrissen und mit einer riesigen Staubwolke die angrenzenden und noch bewohnten Häuser zustaubten. Mensch fühlt sich immer wieder so machtlos in diesen Situationen. Warum wird hier Lebensraum zerstört – und ich meine wirklich zerstört und zur Mondlandschaft gemacht – um mit einer vollkommen klimaschädlichen Technologie Strom zu erzeugen? Irgendwie musste es doch klappen, den Abriss zu stoppen.

Zweiter Versuch

Zu dritt hockten wir hinter der Fensteröffnung.



Abrissarbeiten in Lützerath von RWE, geschützt durch die CO2Ps.

(Bild: Privat)

Dahinter ging es zweieinhalb Meter in die Tiefe. Der Sprung war machbar. Durch das Fenster schien der Abrissbagger zum Greifen nahe. Die Polizei und Securities waren ein gutes Stück entfernt und wirkten in Pausenstimmung. Offenbar dachten sie, sie hätten ‚gewonnen‘ für den Tag. Der Moment war perfekt. Sollten wir es wagen?

Los! Nacheinander sprangen wir aus dem Fenster, nur ein Ziel vor Augen: den Abrissbagger. Diesmal waren es Polizist*innen, die mich vom Zaun rissen und zu Boden warfen. Scheiße! Wieder gescheitert! Genau wie eben! Gefesselt lag ich da. Mensch neben mir schrie. Auf Mensch saßen zwei Polizisten. Auch nach Minuten und wiederholten Bitten von uns ließen sie nicht locker. Es kommt einem immer wieder wie ein perfides Machtspielchen vor. Als würde sich hier persönlich an uns gerächt, weil der Job an dem Tag so unangenehm ist. Diese Polizeigewalt gegen einen gefesselten, mit dem Gesicht zu Boden liegenden Menschen wirkte auf mich vollkommen unverhältnismäßig und übergriffig. Doch hatte ich in all dem Chaos nicht Jubelrufe gehört? Als ich endlich wieder meinen Kopf drehen konnte und Mensch auf dem Bagger sitzen sah, huschte ein Lächeln auf mein Gesicht. Es hat funktioniert! Die Abrissarbeiten und die sinnlose Zerstörung intakter Wohnhäuser war gestoppt – für heute. Nach gefühlt einer Stunde in Gewahrsam wurden wir freigelassen. Auch der Mensch auf dem Bagger wurde nach Verhandlungen ohne weiteres gehen gelassen. Zumindest für heute würde kein Haus mehr den Profitinteressen von RWE zum Opfer fallen.

Der Protest für den Erhalt der Dörfer hat gerade erst begonnen

Die ersten Häuser sind gefallen, aber wir stehen erst am Anfang des Protestes für den Erhalt der Dörfer. Für die Politik scheint das Thema mit dem „Kohleausstiegsgesetz“ vom Tisch zu sein. Hier zeigt sich, wie sehr Politiker*innen nach dem Willen von Großkonzernen handeln und wie wenig sie das Leben der Menschen interessiert. Um eine Welt zu erschaffen, in der soziale und ökologische Gerechtigkeit im Vordergrund steht, brauchen wir andere Formen der Organisation. Die Politik hilft uns hier nicht weiter. Für das gute Leben für alle ist der Austausch und die Vernetzung vor Ort unbedingt notwendig. Also kommt mit uns in die Dörfer! Ob an der Mahnwache³, beim Gottesdienst an der Abbruchkante, in der Küfa⁴ oder bei Aktionen zivilen Ungehorsams. 2021 wird das Jahr, in dem wir zeigen werden: Nicht mit uns! Bis dass kein Baum und kein Haus mehr fällt!

Ende Gelände Aachen

¹ Aktivist: Der Begriff ist eine gegenderte Form des Wortes Aktivist • ² Dieser Text kritisiert das gewaltvolle Vorgehen der Securities von RWE. Wir glauben, dass es viele Gründe gibt, den Job „Security“ zu machen und dass nicht jede Person damit das Ausführen von Gewalt verbindet. Das Problem ist also auch hier wieder ein strukturelles – in einem kapitalistischen System. • ³ In Lützerath gibt es seit dem Sommer 2020 eine ständige Mahnwache, bei der jede*r Besucher*in Informationen bekommen und sich vernetzen kann. • ⁴ Küche für alle (eine bei vielen Aktionen/Demonstrationen gängige Form der Verpflegung, die für alle passend ist. Das heißt vegan und mittlerweile auch oft glutenfrei.)

Interview: Erlebte Geschichte

Der doppelte Rektor

„Er promovierte zum zweiten Mal, heiratete seine Witwe, adoptierte sein Kind und lebte als Hans Schwerte“ - 1995 wurde rund um das 125-jährige Jubiläum der RWTH der Fall Schneider/Schwerte aufgedeckt. Der ehemalige Rektor hatte seine SS-Vergangenheit vertuscht und seit Kriegsende unter einer falschen Identität gelebt. Über die Hintergründe, investigative Recherchen, Legenden und offene Fragen um diese Affäre haben wir mit Thomas und Olaf gesprochen.

Thomas war 1995 Mitglied der Fachschaft Philosophie 7/1 und politischer Aktivist. Er ist Politikwissenschaftler und Historiker.

Olaf ist 1993 zum Studieren aus dem Ruhrpott nach Aachen gekommen. 1995 war er im AStA der Fachhochschule und hat die Ereignisse mit ein klein wenig mehr Distanz erlebt.

Tacheles: Was ist denn der Fall Schneider/Schwerte überhaupt? Was haben wir uns da runter vorzustellen?

Thomas: Der Fall Schwerte, das war einer der größten Wissenschaftsskandale der BRD und auch einer der letzten großen NS-Skandale: Im Mai 1995 wurde öffentlich bekannt, dass Hans Schwerte, ein früherer Rektor der RWTH, tatsächlich Hans Ernst Schneider hieß. Er war ein untergetauchter SS-Offizier, der unter falschem Namen eine komplette akademische Karriere durchlaufen hat. Er hat zum zweiten Mal promoviert, hat habilitiert, ist Lehrstuhlinhaber geworden, Leiter des germanistischen Instituts der RWTH und von 1970-1973 Rektor. Später hatte er noch Ämter für die Landesregierung inne.

Das Skandalöse war nicht nur, dass es möglich war, diese Karriere zu vollziehen, sondern die große Frage war auch: Welche Personen oder Institutionen waren involviert oder zumindest informiert, dass da etwas nicht stimmte?

Tacheles: Zu dieser Fragestellung später mehr. Schneider war kein einfacher Mitläufer während des NS. Welche Karriere hat er im NS-Staat gemacht?

Thomas: Er war vom Rang her SS-Hauptsturmführer, das ist ein Offiziersrang. Er hatte hauptsächlich Aufgaben im Ahnenerbe inne. Das war eine Wissenschaftsorganisation der SS, die von Brauchtforschung bis zu mörderischen Versuchen an Menschen ein breites Spektrum abgedeckt hat und auch direkt in Verbrechen verstrickt war. Für diese Organisation hat Hans Schneider, ab 1942 als Leiter der Abteilung „Germanischer Wissenschaftseinsatz“, die verschiedenen wissenschaftlichen und Laien-Organisationen, die sich in den besetzten westlichen und nördlichen Nachbarländern mit ähnlichen Themen beschäftigten, durchleuchtet und auf SS-Linie gebracht.

Er hat zunächst von Den Haag aus gearbeitet und wurde dann 1942 nach Berlin geholt. Während dieser Zeit hatte er auch enge Kontakte zur Wissenschafts-Abteilung des Reichssicherheitshauptamtes bzw. des Sicherheitsdienstes (SD), dem Geheimdienst der SS, in den er in der allerletzten Phase auch selbst eingetreten ist. Und aus dieser Situation raus vollzieht er dann den Identitätswechsel.

Tacheles: Wie können wir uns diesen Identitätswechsel vorstellen?

Thomas: Das ist eine ganz irre Geschichte: Im Chaos der letzten Kriegstage setzt sich Schneider mit gefälschten Papieren nach Lübeck ab und beginnt dort, sich eine neue Identität aufzubauen. Er kopiert Teile seines alten Lebens, also promoviert zum zweiten Mal, heiratet seine Witwe, adoptiert sein Kind und lebt als Hans Schwerte, bis seine wahre Identität offiziell bekannt wird. Das Ganze ist später juristisch aufgearbeitet worden, ihm sind der Professorentitel und die Pension entzogen worden. Der Mann ist in Armut gestorben.



Politische Theater-Aktion zum 125. Jubiläum der RWTH beim offiziellen Festakt vor dem Hauptgebäude

(Bild: Axel Goeke, Aachen)

Tacheles: Wie ist denn in Aachen der Verdacht auf die Doppelidentität aufgekommen? Wie hat die Fachschaft 7/1 – die studentische Vertretung der Philosophischen Fakultät –, zu der du damals gehörtest, da die Nase drangekriegt?

Thomas: Ende 94/Anfang 95 ist ein Berufungsverfahren der Philosophischen Fakultät aus internen Gründen eskaliert. Im Zuge dessen gab es Gerüchte im Zusammenhang mit Schwerte. Der Name Schneider ist auch gefallen. Es wurde angedeutet, dass der scheidende Professor Hugo Dyserinck erpresserisch versucht hätte, über diese Geschichte Einfluss auf die Berufung der Nachfolge zu bekommen.

Wir sind dem dann nachgegangen. In einer Quellenedition des niederländischen Kriegsdokumentationszentrums haben wir die Biografie Schneider gefunden und es gab die Biografie Schwerte in der Alma Mater, dem Hochschuljahrbuch der RWTH. Wenn man die nebeneinanderlegt, sieht man bestimmte Parallelen, aber auch Unterschiede.

Wir hatten dadurch beide Geburtsdaten und -orte. Ich habe daraufhin im zuständigen Standesamt der Stadt Hildesheim angerufen, mich als Anwalt ausgegeben und nachgefragt, ob es eine Geburtsurkunde von Hans Schwerte gibt. Die Antwort war: „Ne, die gibt's nicht, im gesamten Jahrgang nicht, im Jahrgang vorher und später nicht.“ Das ist der Punkt, an dem wir sagen konnten: Es gibt keinen Hans Schwerte. Damit war die Sache für uns ernst.

Währenddessen eskalierte der Fall aber auch auf anderer Ebene. Vermutlich hat Dyserinck ein niederländisches Fernsichteam mit Informationen versorgt, die dann Ende Mai 1995 in einem Fernsehbeitrag Hans Schneider geoutet haben.

Tacheles: Als Studierende habt ihr euch also erst öffentlich dazu positioniert, als dieser Fernsehbeitrag schon raus war?

Thomas: Also wir hätten den gern selbst geoutet, aber das Fernsehen war schneller. Wir

haben am gleichen Tag noch reagiert und eine Erklärung abgegeben und die hat richtig reingehauen. In den nächsten Wochen hat jeder Journalist, der die Uni interviewt hat, auch uns interviewt.

Mit unserem Hintergrundwissen konnten wir deutlich machen: Es ist nicht wahr, wenn die Hochschule sagt, sie sei durch die Enthüllung überrascht worden. Wir wussten, dass der Fall seit mindestens einigen Monaten in der Berufungskommission diskutiert wurde und haben auch die Namen der involvierten Professoren genannt.

Darauf wurde von Seiten der RWTH sehr entsetzt bis aggressiv reagiert. Man hat bestritten, dass wir in Hildesheim angerufen haben, hat versucht, das runterzuspielen. Erst nach und nach wurde zugegeben, dass die Doppelidentität ab einem bestimmten Zeitpunkt bekannt war. Heute weiß man, dass dieses Wissen bereits seit Jahrzehnten intern existiert hat und wir eigentlich die Letzten waren, die es mitbekommen haben.

Tacheles: Wer wusste denn im Vorfeld davon?

Thomas: Bald wurde klar, dass der Fall mindestens im Vorbereitungskreis des Hochschuljubiläums und insbesondere der Hochschulfestschrift seit den frühen 90er-Jahren diskutiert wurde.

Ich habe in den folgenden Jahren häufig Andeutungen gehört, dass das Wissen sehr viel früher zirkuliert ist. Mir hat zum Beispiel ein Historikerkollege erzählt, dass das in 80er-Jahren mehr oder weniger ein offenes Geheimnis war. Ob es ein tiefergehendes Wissen gab, man die tatsächliche Identität „Schwertes“ kannte, weiß ich nicht. Das wird man letztlich erst eines Tages an den Akten sehen können. Aber „Schwerte“ war auch jemand, der immer wieder, auch in einigen seiner Schriften, mit dem Motiv des Doppellebens gespielt, ja regelrecht kokettiert, hat.

Meine Vermutung ist, dass es schon sehr früh und auch während seiner Rektoratszeit Perso-

nen gegeben hat, die sehr wahrscheinlich wussten, dass etwas nicht stimmt – sowohl in Aachen als auch in Düsseldorf.

Tacheles: Welche Verbindungen hatte Hans Schwerte denn zur Landesregierung in Düsseldorf?

Thomas: Er war befreundet mit Herbert Schnoor und auch bekannt mit Johannes Rau, dem langjährigen NRW-Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten. Beide waren in den 70ern Wissenschaftsminister in NRW, also zuständig für die Aufsicht über die Hochschulen und damit auch über die Rektoren. Und Schneider/Schwerte war von 1976 bis 1983 Beauftragter des Landes für die Pflege und Förderung der Hochschulkontakte nach Belgien und in die Niederlande. Zum Teil waren dies die gleichen Hochschulen, für die er auch fürs Ahnenerbe zuständig gewesen war.

Die Frage ist bis heute, was wussten die Staatskanzlei bzw. das Ministerium oder wie sind sie mit Gerüchten umgegangen? Das ist bislang nie wirklich aufgearbeitet worden.

Tacheles: Gehen wir nochmal zurück zur Enttarnung: Wie waren die Reaktionen darauf? Olaf, wie hast du das erlebt?

Olaf: Ich habe noch im Kopf, dass viel geblockt wurde, dass die lokalen Medien versucht haben, das Ganze runterzukochen, es war ja Jubiläumsjahr. Der Fall wurde heruntergespielt in dem Sinne, dass sein einziger Fehler der Identitätswechsel gewesen sei. Wenn er einfach offen damit umgegangen wäre, wäre das alles überhaupt kein Problem gewesen.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung von RWTH-Seite hat nicht stattgefunden. Die einzige wirkliche Aufarbeitung, die ich mitgekriegt hab, kam aus dem Umfeld der Fachschaft 7/1, die das auch ziemlich gut und hartnäckig gemacht haben. Es gab viele Veranstaltungen zu dem Komplex und ich habe da viel an Politisierung mitgenommen.

Tacheles: Von offizieller Seite wurde dieses Engagement aber nicht honoriert, ihr wart konfrontiert mit dem Vorwurf der Nestbeschmutzung.

Thomas: Also wir haben zeitweise nicht gewusst, ob sie uns rausschmeißen oder nicht. Es war aber relativ schnell klar, sie werden's nicht machen. Trotzdem ist mit harten Bandagen gekämpft worden. Es ist mehrfach versucht worden, uns unter Druck zu setzen, wir haben uns aber darauf nicht eingelassen und immer wieder die Öffentlichkeit genutzt, die wir ohnehin hatten. Wir haben zum Beispiel die Auflösung und Neugründung der Philosophischen Fakultät gefordert. Das war das absolute Tabu, weil wir ein paar Jahre vorher noch zusammen mit den Professoren für den Erhalt der Fakultät gekämpft hatten.

Olaf: Ich kann mich auch an diesen Druck erinnern. Also das Gefühl, dass das erste Mal Exmatrikulationen für politische Aktionen gefordert worden sind von Einzelnen, dass dann sogar überlegt wurde, ob vielleicht auch FH-Studenten exmatrikuliert werden könnten, wenn sie an der RWTH irgendwas machen. Diese Auseinandersetzung hat viele Menschen politisiert und ganz andere Sachen ins Rollen gebracht, wie zum Beispiel die Beschäftigung mit Burschenschaften. In der Folge wurden dann das Burschensaufen auf dem Markt oder Veranstaltungen von rechtsextremen Philosophen an der RWTH verhindert, auch durch Hörsaalbesetzungen. Ich glaube, das war auch ein bisschen der Schwung aus der Schneider/Schwerte-Sache, der Einige mitgenommen hat.

Tacheles: Also die offiziellen Reaktionen war dilettantisch, es wurde gemauert, aber was wurde von eurer Seite organisiert?

Thomas: Wir haben zum Beispiel einen niederländischen Historiker, der zur Tätigkeit des Ahnenerbe in den Niederlanden geforscht hat, eingeladen und der Hörsaal vor voll. Das war die erste Veranstaltung, auf der überhaupt etwas vom Arbeitsgebiet Schneiders vorgestellt und bewertet worden ist. Solche Sachen haben wir mehrmals wiederholt.

Das Größte was wir dann gemacht haben, war ein Buch unter dem Namen „Schweigepflicht. Eine Reportage“. Darin wird das erste Jahr des Skandals beschrieben und alles, was wir wussten, offengelegt. Die erste Auflage war innerhalb weniger Wochen ausverkauft, was aber auch daran lag, dass sich die Mayersche einen riesigen Vorrat zugelegt hat.

Tacheles: In einem kritischen Lesebuch zum 125-jährigen Jubiläum der RWTH (s. Literatur) ist auch ein Artikel zu Schneider/Schwerte abgedruckt, der ursprünglich aus einer Zeitung namens „Ein Loch in der Zensur“ (kurz LIZ) stammt. Welche Rolle spielte das LIZ?

Thomas: Zwei Leute aus dem Kernteam der Fachschaft 7/1 waren gleichzeitig Redakteur*innen der Zeitung. Wir haben das als Plattform benutzt, um immer wieder ungefiltert unsere Sicht darzustellen. Die Zeitung lag auch an der Uni aus und hat dort hineingewirkt.

Olaf: Das hat auch tatsächlich was gebracht, ich habe damals in Würselen gewohnt und bin dort ab und zu in die Kneipe „Perplex“ gegangen, hab diese Zeitung gelesen, eine interessante Veranstaltung im Autonomen Zentrum gesehen und bin da einfach mal hingefahren. Und so in diese ganze Geschichte reingerutscht.

Thomas: Jetzt rate mal, wer die dahin gelegt hat. Ich bin nämlich immer über Würselen nach Hause gefahren und hab die Zeitung zum Perplex gebracht. (alle lachen)

Tacheles: Jetzt müssen wir noch über den Festakt zum 125-jährigen Jubiläum der RWTH reden. Da gab es diese legendäre Theater-Aktion. Was ist da passiert?

Thomas: Die Linke Liste (LL) hat das damals in Eigenregie gemacht, wir wussten nur, dass etwas stattfinden wird. Das Setting war folgendes: Der hochumstrittene Festakt zum Hochschuljubiläum findet im Hauptgebäude am Templergraben statt, die Straße ist abgesperrt, damit die Gäste anfahren können und gegenüber haben wir eine Protestkundgebung angemeldet. Die LL hatte Uniformen für SS- bzw. SA-Leute ausgeliehen. Plötzlich hält also eine angemietete Limousine vor dem Hauptgebäude und drei als SS- bzw. SA-Leute Verkleidete steigen aus. Das sollten die ehemaligen Professoren Hans Ernst Schneider, Alfred Buntru und Arnold Gehlen sein. Alle hatten eine NS-Vergangenheit. Die drei gehen völlig selbstverständlich auf Kanzler Keßler zu und grüßen mit dem Hitlergruß. Das Ganze wird natürlich von einem Freund auf der Kundgebung über Lautsprecher erläutert und kommentiert. Es waren auch Pressefotografen involviert, sodass diese Geschichte dokumentiert worden ist.

Olaf: Unvergessen, wie der Schneider dem Keßler noch die Hand gegeben hat und nicht mehr losgelassen hat. Der hat einfach immer weiter geschüttelt. (alle lachen)

Tacheles: Also der Skandal ist jetzt eigentlich komplett aufgedeckt und die Fakten liegen auf dem Tisch. Gab es dann ein Einlenken der RWTH und des Ministeriums?

Thomas: Das Land hat eine Untersuchungskommission eingesetzt. Diese hat tatsächlich einige Dinge zur NS-Biografie Schneiders aufgearbeitet. Die Fragen, die uns wirklich interessiert haben, wurden aber letztlich nicht untersucht: Also was im Wissenschaftsbetrieb sowohl der Hochschule als auch des Landes in den 70er- bis 90er-Jahren schief gegangen ist. Es gab dann als offiziellen Abschluss eine Konferenz, auf der die bis dahin als provisorisch geltende Untersuchung als abschließend erklärt wurde. Nicht nur wir haben dem widersprochen, sondern zum Beispiel auch Ulrich Herbert, einer der ganz großen Historiker der BRD zu der Zeit. Aber danach wurde das Ganze als erledigt betrachtet. Insofern würde ich sagen, die Fakten lagen nur zur Hälfte auf dem Tisch.

Tacheles: Welche Fragestellungen sind denn nach wie vor besonders interessant?

Thomas: Wir hatten ein ganz merkwürdiges Erlebnis: Wir sind 1996 vom Wissenschaftsministerium zu einem Gespräch eingeladen worden. Dort hat man uns regelrecht Honig ums Maul geschmiert und uns zu unserer Intervention gratuliert. Man hatte sogar unsere Plakate aufgehängt. Wir haben dem zutiefst misstraut. Die fanden es besser, wenn wir auf unsere eigenen Profs Druck ausüben und nicht zu sehr nach Düsseldorf schauen. Das ist ein Ablenkungsmanöver gewesen.

Solche Indizien sagen uns, dass man wirklich einmal schauen müsste, was in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und im Wissenschaftsministerium über diesen Fall verhandelt worden ist. Es geht darum, zu verstehen: Wie gehen die staatlichen Institutionen, wie geht ein sozialdemokratisches oder linksliberales Milieu 30, 40 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes mit einem solchen Fall um? Mir geht es hier nicht um NS-Kontinuitäten oder -Seilschaften, sondern vielmehr um Arrangements, die möglicherweise gegen die eigene politische Überzeugung getroffen wurden und deren Bekanntwerden sofort einen Skandal ausgelöst hätte. Ich halte das auf der Ebene der Geschichtspolitik für total spannend, dem auch heute noch nachzugehen.



Nachdem öffentlich wurde, daß der ehemalige RWTH-Rektor "Schwerte" in Wirklichkeit der SS-Hauptsturmführer Schneider ist, kam Stück für Stück ans Licht, wie tief der ehrwürdige Professor in die NS-Verbrechen verstrickt war, wie weit das Wissen über seine Identität an der Hochschule verbreitet gewesen sein muß und wie damit umgegangen wurde. Aus dem Fall Schneider wurde ein Fall RWTH, der wiederum alles andere als eine hochschulinterne Angelegenheit ist. Wir wollen versuchen, diesen Fall etwas durchschaubarer zu machen.

Im Laufe seiner ersten Karriere hatte Hans Ernst Schneider mit zahllosen Wissenschaftlerinnen und Hochschulen, Staatsbeamtinnen und Funktionärinnen konkurrierender NS-Organisationen innerhalb und außerhalb des Großdeutschen Reiches zu tun gehabt. Die wenigsten von ihnen waren 1945 gezwungen, eine neue Identität anzunehmen, um ihre Karriere fortsetzen zu können. Daß es nicht nur im vergleichsweise familiären Wissenschaftsbetrieb der Nachkriegszeit, sondern überall dort, wo ehemalige SS-Funktionäre wieder gebraucht wurden, Menschen gegeben haben muß, die Schneider kannten, liegt auf der Hand. Er selbst erklärt heute offen, daß neben seinen Angehörigen auch "einige Freunde" und "Kameraden" in seinen Identitäts-

wechsel eingeweiht waren. Ein regelrechter Schwur sei geleistet worden. Mehrmals sei er in den folgenden Jahren wiedererkannt worden, doch habe man sich stets einigen können zu schweigen. Bis heute. Erst ganz zuletzt habe eine dieser Personen versucht, ihn mit seiner Vergangenheit unter Druck zu setzen. Wie solche Seilschaften, Stillschaltabkommen und Zweckbündnisse konkret aussahen, ist noch zu klären. Daß nicht nur die Gerüchte über "Schwertes" Vergangenheit, sondern auch das Wissen um den Namen Schneider jahrzehntelang bekannt war, bestätigt sich immer mehr. Bereits in Erlangen, wo "Schwerte" seine Karriere ab 1945 fortsetzte, fiel seine Nazi-Vergangenheit angeblich auf. Als er 1964 nach Aachen berufen wurde, seien auch dort die Gerüchte bekannt geworden, berichtet die "Rheinische Post". Auch bei seiner Wahl zum Rektor im Jahre 1970 sei es nicht anders gewesen, schreibt die "Zeit". Als er Rektor war, wären seine Kolleginnen auf bundesweiten Fachtagungen darauf angesprochen worden, meldet der "Freitag". Ein Jahrzehnt später waren die beiden Namen sogar an Kneipentischen zu hören. Das von "Schwerte" aufgebaute Germanistische Institut trug intern den Spitznamen "Schneider-Institut"...

Wer den Gerüchten auf den Grund gehen wollte, konnte dies mit einfachen Mitteln tun. Ein Anruf beim Standesamt Hildesheim hat genügt, um zu erfahren, daß der

angeblich dort geborene "Hans Schwerte" nicht existiert. Ein Vergleich der beiden Lebensläufe läßt auffällige Parallelen und ebenso auffällige Auslassungen erkennen. Ein Blick in die Standardliteratur zeigt, in welchen Archiven umfassende Akten über Schneider zu finden sind. Hin und wieder nutzten Professoren die Recherchemöglichkeiten: "Ein Romanist läßt wissen, daß er seit zwei Jahren nahezu sichere Indizien habe. Weshalb er nicht zu Ende recherchiert und das Ergebnis gemeldet habe? Das sei nicht seine Sache, nicht sein Fach. ... [Ein] Komparatist gesteht freimütig, daß er Beweise seit Herbst 1992 in Händen halte. Weshalb hat er nicht Mitteilung gemacht? 'Ich bin nicht Wiesenthal!'" (Die Zeit, 11. Mai 1995)

Zuweilen waren eigene Recherchen gar nicht erforderlich: "Mein Wissen habe ich ... von einigen von mir sehr geschätzten Kollegen, an deren Versicherung, daß die Gerüchte leider gut begründet seien, ich keinen Zweifel zu hegen Anlaß hatte", erklärte der "Schwerte"-Schüler Professor Beck nach der Enthüllung. Warum auch er nichts öffentlich gemacht hat? "Weil ich einen zu erwartenden, meines Erschens ungerichtetigsten Ansehensverlust unseres Landes und der Hochschule und der übrigen Institutionen nicht wollte." Liest mensch die Berichterstattung des vergangenen Monats, so wird deutlich, daß das Wissen um Schneider mehr als einmal im hochschulinternen Intransigenspiel genutzt wurde - so z.B., als es um die

13

Auszug aus der linken Zeitung „Ein Loch in der Zensur“ aus dem Juni 1995

(Bild: tbr)

Tacheles: Wie waren denn damals eigentlich die Reaktionen der Aachener*innen?

Olaf: In der Bürgerschaft, das habe ich zumindest so in Erinnerung, gab es eine Unsicherheit, also auf der einen Seite die RWTH als wichtig für Aachen und auf der anderen Seite so eine NS-Vergangenheit. Ich glaube, da wussten viele gar nicht so genau, was sie dazu sagen sollten. Und haben das dann lieber weggedrückt, naja, reden wir jetzt lieber nicht drüber.

Thomas: Es war auch die Zeit, in der die Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte begann und langsam in der Stadtkultur sichtbar gemacht wurde. Damals entstanden Initiativen wie „Wege gegen das Vergessen“, um Opfergeschichte, aber im zweiten Schritt auch Tätergeschichte, aufzuarbeiten. Ich habe das so erlebt, dass unsere Recherchen eigentlich Teil von einem viel größeren Prozess waren, an dem das Beschweigen der direkt Verstrickten zerbrochen ist.

Tacheles: Wir würden gern nochmal auf die RWTH zurückkommen. In einem AN-Artikel aus dem Jahr 2005 sagt der heute emeritierte Professor für Neuere Geschichte, Armin Heinen, er könne sich nicht vorstellen, dass in den nächsten Festschriften weiter so kritiklos wie bisher über Karrieren in der NS-Zeit hinweggegangen wird. Jetzt gab es dieses Jahr aber einfach keine Festschrift. Wie konnte das passieren?

Thomas: Ich bin nicht mehr an der Uni, das heißt, ich kriege die dortige Diskussion auch nur unvollständig mit. Aber ich würde Armin Heinen Recht geben. Dass eine solche Festschrift nicht erschienen ist, ist eigentlich unvorstellbar. Denn es gibt mittlerweile einiges an kritischer

und selbstkritischer Forschung an der Uni. Das ist einfach eine neue Generation von Historiker*innen. Sie beschäftigen sich heute ganz anders mit Wissenschaftsgeschichte und nehmen eine Tabuisierung nicht mehr hin. Hätten diese großen Themen, über die wir heute reden, auch nur einen Teil der Grundlage für eine Veröffentlichung zum 150. Hochschuljubiläum ausgemacht, so wäre dies eine Riesenchance gewesen. Die Hochschule hätte zeigen können, dass sie einiges gelernt hat und auch, dass sie es in ihrem Selbstbild umsetzt. Diese Chance wurde verpasst.

Tacheles: Wie sieht das denn in Zukunft mit der Aufarbeitung aus? In der AN gab es ja letztes ein Interview mit Angelina Pils, die am Historischen Institut zu dem Thema Schneider/Schwerte ihre Promotion schreibt.

Thomas: Ich setze sehr große Hoffnungen in ihr Projekt und denke, dass das vielleicht der Durchbruch sein könnte, um den Fall besser verstehen und dann tatsächlich auch in seiner Komplexität aufarbeiten zu können.

Tacheles: Vielen Dank für eure Zeit und dieses spannende Interview.

Das Interview wurde geführt von Redakteur*innen der Tacheles.

Weiterführende Literatur (ausleihbar im Infoladen Aachen):

AutorInnenkollektiv für Nestbeschwerden: Schweigepflicht. Eine Reportage. Der Fall Schneider und andere Versuche, nationalsozialistische Kontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte aufzudecken, 2. Auflage, Münster 1996, ISBN 3-928300-47-4. OASE e.V. (Hrsg.): „...von aller Politik denkbar weit entfernt...“. Die RWTH - Ein Lesebuch, Aachen 1995, ISBN 3-929896-01-X.

Bewegung im Archiv

Der Vorlass einer Aachener Studentin im ‚Archiv für alternatives Schrifttum‘

In den 1970er Jahren, unter anderem angestoßen durch die „68er-Revolution“, bildeten sich in Deutschland mannigfaltige Alternativmilieus heraus. Vor allem in Uni-Städten entwickelten sich so viele Gruppen, wie es politische Tendenzen gab. Nicht selten lösten sich die Gruppen nach kurzer Zeit auf, benannten sich um, vereinigten sich mit einer Schwester-Gruppe oder standen in harscher Auseinandersetzung mit dieser.

Im Archiv für alternatives Schrifttum (afas) in Duisburg sammeln wir die Materialien aller dieser Zusammenschlüsse bis in die Gegenwart. Unser Anliegen ist, die Dokumente der Neuen Sozialen Bewegungen auf Dauer zu bewahren und sie für Interessierte zugänglich zu machen. Das afas wächst seit über 35 Jahren zu einem der größten unabhängigen Archive im deutschsprachigen Raum an. Hier finden sich Flugblätter, Transparente, Plakate, Buttons, Zeitschriften, Broschüren und natürlich das „echte“ Archivmaterial, nämlich originale und einzigartige Unterlagen wie Protokolle, Briefe und Manuskripte. Das Material stammt aus der Frauen-, Friedens-, Umwelt-, Studentenbewegung, von Autonomen und Anarchist*innen, Kommunist*innen, alternativen Kulturbewegungen und vielen mehr.

Der Vorlass von Alma

Oft sind es gerade die kleinen Nach- und Vorlässe von Aktivist*innen, die besonders lebhaft sind. An ihnen lässt sich in kompakter und subjektiver Form nachvollziehen, wie politische Menschen gearbeitet und kommuniziert haben. Ein Beispiel hierfür ist der „nur“ rund 3.000 Blatt umfassende Vorlass von Alma (Name von der Redaktion geändert), die in den 1970er Jahren in Aachen studierte und hier politisch aktiv war. Einige Jahrzehnte später vermachte sie die Überbleibsel dieser Arbeit dem afas. Ihre Sammlung besteht aus Originaldokumenten wie handschriftlichen Notizen, Protokollen und Gruppensitzungen, Pamphleten und Konzepten. Diese bieten wunderbare O-Töne des studentischen, feministischen und sozialistischen Rumorens der 1970er Jahre. Alma erinnert sich heute: „In Aachen bin ich dann, wild entschlossen, als erstes in den (linken) Asta gelaufen, um zu fragen, wo man denn hier ‚politisch arbeiten‘ kann. Ich landete bei der ‚Basisgruppe Germanistik‘. Die erscheint mir heute als ein ziemlich verkopfter Verein mit ziemlich verschwurbelter Sprache.“ Die Basisgruppe Germanistik zerfiel, da einige Student*innen Betriebsarbeit machen wollten. Das war damals bei den K-Gruppen, aber auch bei den Spontis gang und gäbe, um sich „den Proletarier*innen“ anzunähern.

Stadtteilgruppe Ostviertel

Wenig später engagierte sich Alma in einer Gruppe, die sich die sozialistische Stadtteilarbeit im Ostviertel auf die Fahnen schrieb. Die Idee, jenseits der studentischen Blase das revolutionäre Bewusstsein „ins echte Leben“ zu tragen, trieb viele um. Begehrte Agitationsobjekte waren auch hier die Arbeiter*innen. Die Stadtteilgruppe Ostviertel brachte die „Sozialistische Ostviertel Zeitung“ (SOZ) heraus und versuchte diese auch im Viertel unter die Leute zu bringen. Als Stadtteilgruppe wollten sie mit den Anwohner*innen ins Gespräch kommen, sie mobilisieren, um bald im Klassenkampf die Gesellschaft zu verändern. In der ersten Ausgabe der SOZ (nicht zu verwechseln mit der noch heute erscheinenden SoZ – der Sozialistischen Zeitung) von November 1971 diagnostizieren die Aktivist*innen: „Wir haben gelernt, dass wir nur ausgebildet werden, um später in irgendwelchen Büros zu hocken und Maschinen oder Häuser zu entwerfen. Von den Menschen, die dann nach diesen Plänen wirklich Maschinen



Die erste Ausgabe der Sozialistischen Ostviertel Zeitung aus der Sammlung von Alma (Bild: afas)

und Häuser bauen, erfahren wir aber überhaupt nichts an der Hochschule.“ Das Ostviertel hatten die Architekturstudent*innen in der Stadtteilgruppe ins Auge gefasst. Vor allem auf ihre Initiative hin wurde 1971 die Stadtteilgruppe gegründet, nachdem sie in einer Analyse herausgefunden hatten, dass es im Ostviertel eine schlechte Infrastruktur, viele alte Leute, kinderreiche und „Gastarbeiter“-Familien sowie abbruchreife Häuser gab. In der SOZ schreiben die Aktivist*innen: „Die Stadt Aachen läßt das Ostviertel systematisch verkommen, solange, bis es dann eines Tages zum ‚Sanierungsgebiet‘ erklärt werden kann...“. Schon 1971 drohte also das, was wir heute als Gentrifizierung kennen und als Schlagwort auf jeder Demo gegen Verdrängung, Wuchermieten, Luxussanierung und Immobilienspekulation auf den Transparenten finden. Alma überlegt heute mit Blick auf die Arbeit in der Stadtteilgruppe: „Wenn ich jetzt lese, was ich damals zu der Arbeit im Ostviertel geschrieben habe, befremdet mich unsere Arroganz: Da beurteile ich nach einem Gespräch mit einem Arbeiterhepar im Ostviertel das ‚Klassenbewusstsein‘ der beiden.“

Ein weiteres Feld, das auch heute gern von linken Gruppen in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung bespielt wird, wurde auch von der Stadtteilgruppe Ostviertel angegangen: der Reproduktionssektor. Alma erinnert sich: „Die Kindergartenaktion war für die Gruppe ein Vehikel, um an die ‚Arbeiter‘ im Ostviertel heranzukommen, denn dort gab es

zu wenig Kindergartenplätze, viel weniger als in anderen Aachener Vierteln. Das war offensichtlich ein großes Problem für viele Leute im Ostviertel.“ Doch bald hatte die Stadtteilgruppe eine neue Zielsetzung. Alma dazu: „Ein anderer Konsens entstand, der mir gar nicht gefiel und weshalb ich ausstieg: Es sollte keine ‚Agitation‘ mehr im Viertel geben, sondern stattdessen eine Art Secondhand-Laden. Die Überlegung war: In den Laden können die Leute dann von selbst kommen, da können wir dann anders mit ihnen in Kontakt treten und das ist für uns nicht so frustig. Danach haben die Stadtteilgruppenleute teils an der Besetzung der Häuser in der Vinzenzstraße (das hat länger gehalten) und der Beekstraße (sofort geräumt) mitgemacht. Einige ‚kümmerten sich‘ auch um entlaufene ‚Fürsorgezöglinge‘ und versuchten die zu politisieren. Diese Aktivitäten habe ich dann aber nur am Rande mitgemacht und unterstützt.“

Frauengruppe Aachen

Alma gründete 1972 die erste Aachener Frauengruppe mit. Für sie und für viele andere politisch aktive Frauen, die in die damalige Frauenbewegung einstiegen, war diese Arbeit eine prägende Erfahrung: „Wir tauschten uns aus über unsere Situation als Studentin in linken Gruppen mit Männern und versuchten, andere Arbeitsformen zu entwickeln, die unseren Bedürfnissen eher entgegenkamen: Ausgehen von unserer Situation als Frau, Einbezug des Privaten und der Emotionalität. Wir bestärkten

uns gegenseitig. Für mich wurden die Männer als Autorität und Identifikationsobjekt immer unwichtiger. Ich hatte damals aber auch das Gefühl, dass die Frauengruppe das Klima in anderen politischen Gruppen, in denen ich danach arbeitete, positiv beeinflusst und geändert hat.“ In den Unterlagen von Alma finden sich spannende Papiere der Aachener Frauengruppe, unter anderem zu Aktionen gegen das Abtreibungsverbot, wie dem Protest gegen reaktionäre Medizinstudenten, die in der Mensa Unterschriften für die Beibehaltung des § 218 sammelten.

Zu einer weiteren Aktion gegen den § 218, einem Straßentheaterstück, heißt es in einem Protokoll der Frauengruppe im April 1974: „Unser Theaterstück hat zwar den Leuten offenbar gefallen, aber sie haben kaum darüber diskutiert, u. diejenigen, die geredet haben, waren meistens Männer. Wir haben uns auch gefragt, warum wir es uns so einfach gefallen lassen haben, daß die Presse uns total ignoriert. Eine weitere Frage: Warum sind wir nicht mit Frauen in anderen politischen Gruppen in Verbindung getreten? Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir erst einmal unser eigenes Selbstverständnis u. unser Verhältnis zu anderen Gruppen klären müssen (Wochenendseminar).“ Hier klingt das hohe Reflexionsniveau der Frauengruppe an: Immer wieder wurde getagt, besprochen, anderswo nachgelesen, (Selbst-) Kritik geübt. Neben dem als ungenügend bewerteten Zusammenschluss mit anderen Frauengruppen scheint es bei genannter Straßentheater-Aktion aber noch ein Vielfaches mehr an Schwierigkeit gegeben zu haben. Offensichtlich hatte die NPD gleich neben den Frauen einen Stand aufgebaut. Die Frauen behielten sich mit einem Plakat mit der Aufschrift: „Wir wollen mit der NPD nichts zu tun haben.“ Angesichts dieses lauen Protests gab es wohl Kritik vom Kommunistischen Studentenverband (KSV) und vom Roten Pfeil. Zudem wurde ein KSV-Sympathisant verhaftet – vielleicht aufgrund eines Störens der NPD-Umtriebe? Hierzu vermerkt die Frauengruppe im Protokoll: „Außerdem finden wir es nicht gut, daß diese Gruppen unsere Aktion dem Widerstand gegen die NPD so sehr unterordnen wollen. Wir können auch das Verhalten der KSV-Sympathisanten während unserer Aktion nicht billigen. Trotzdem sehen wir ein, daß wir bei der Verhaftung nicht tatenlos hätten zusehen dürfen. Unser Verhalten in diesem Moment war wohl eine emotionale, nicht durchdachte Reaktion auf das unsolidarische Verhalten des KSV uns gegenüber.“ In den Unterlagen gibt es eine handschriftliche Notiz, auf die „Anfang '75 letzte Phase FG“ gekritzelt ist. Ob die Frauengruppe sich aber tatsächlich 1975 auflöste – das herauszufinden wäre eine schöne detektivische Forschungsarbeit im Archiv.

Gastbeitrag von Anne Niezgodka
(Archiv für alternatives Schrifttum)

Infos zum Archiv für alternatives Schrifttum

Das afas heißt Nutzer*innen und Interessierte willkommen! Auch Menschen, die Materialien ihrer bewegten Vergangenheit oder Gegenwart loswerden möchten, können sich gern bei uns melden – bitte werft Eure Geschichte nicht weg!

Archiv für alternatives Schrifttum (afas)
Münzstraße 37-43
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 93 55 43 00
afas-archiv@t-online.de
afas-archiv.de

Damals am 18. März...

Warum revolutionäre Geschichte auch heute noch wichtig ist

2021 jähren sich zwei Ereignisse, die für die kollektive Erinnerung libertärer Bewegungen eine große Rolle spielen. Vor 150 Jahren, am 18. März 1871, wurde in Frankreich die Pariser Commune ausgerufen. 50 Jahre später, am 18. März 1921, schlug die Rote Armee unter Trotzki endgültig den Aufstand der Kronstädter Matrosen nieder, während die Bolschewiki offiziell den Jahrestag zur Pariser Commune feierten.

Die Pariser Commune, die inmitten des deutsch-französischen Kriegs entstand, ist zur Legende geworden. Die Bevölkerung von Paris – und übrigens auch die anderer französischer Städte – versucht damals, sozialistische Ideen unmittelbar zu verwirklichen. Es gibt Dekrete über die Erlassung fälliger Mieten, die Kollektivierung verlassener Fabriken und die Trennung von Kirche und Staat. Über zwei Monate kämpfen die Pariser*innen entschlossen für ihre Kommune, bis der Zusammenschluss der vorher verfeindeten Armeen Preußens und Frankreichs diesem utopischen Experiment ein blutiges Ende bereitet. Tausende Kommunard*innen werden von den französischen Regierungstruppen ermordet.

„Man hat mir vorgeworfen, ich sei eine Komplizin der Commune. Sicherlich. Ja, denn die Commune wollte zuallererst die soziale Revolution, und die soziale Revolution ist mir der liebste all meiner Wünsche.“ (Louise Michel)

Auch die Arbeiter*innen und Matrosen von Kronstadt begeben sich in eine gefährliche Situation, als sie sich 1921 entscheiden, sich gegen den Kurs der Bolschewiki zu stellen. Sie fordern

„Alle Macht den freien Räten – Keine Macht der Partei“ und stellen klar, dass sie bereit sind, für dieses Ziel alles zu geben. Auch hier wird mit der Umsetzung der freiheitlichen Ideen sofort begonnen. Die Bevölkerung organisiert sich von unten nach oben in Kommissionen und Milizen. Es gibt absolute Pressefreiheit, in Werkstätten werden Gegenstände zur Unterstützung der Bäuer*innen hergestellt und in kommunalen Gärten Gemüse produziert. Doch die Bolschewiki verleumdten die Vorgänge in Kronstadt als „konterrevolutionär“, schotteten die Festung vom Festland ab und bringen sie am Ende durch militärische Gewalt ganz zum Schweigen.

„Kronstadt fiel. Aber es tat, was es tun musste, und das ist das Entscheidende. Der Leuchtturm von Kronstadt bleibt hell. Sein Licht wird immer strahlender. Und darauf kommt es an!“ (Volin)

Natürlich waren die Ausgangssituationen bei der Pariser Commune und Kronstadt andere, natürlich waren die Aufstände nicht widerspruchsfrei – aber in beiden Fällen pochten die Arbeiter*innen auf ihr Recht, das eigene Schicksal aktiv mitzubestimmen und lehnten jede Herrschaft kategorisch ab, die ihnen das auf autoritäre und/oder bürokratische Art verweigerte. Und sie kämpften für ihre Überzeugungen, viele bis zum Tod.

Uns mit libertärer Geschichte zu beschäftigen, kann hilfreich sein, um heutige Kämpfe zu verstehen, gemachte Fehler nicht zu wiederholen und auch die Überzeugung stärken, dass eine andere Gesellschaft möglich ist. So aussichtslos die Lage manchmal scheinen mag, wir dürfen



Linke Geschichte in Aufarbeitung: Plakat zum Kronstadt-Kongress 1971 in Berlin. Auch dieses Jahr soll es wieder einen solchen geben! Infos unter: kronstadtkongress.de (Bild: tbr)

nicht vergessen, dass Geschichte durch (Klassen-)Kämpfe gemacht wird, und dass deren Einfluss – auch wenn sie niedergeschlagen werden – dafür sorgt, dass unsere emanzipatorischen Ideen weitergetragen werden. Die Kommunen von Paris und Kronstadt sind gute Beispiele dafür. Es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass ihr Licht weiter strahlt und auch heute noch inspiriert, indem wir immer mal wieder zurückblicken.

Anders als es in der „Geschichtsschreibung der großen Männer“ manchmal klingt, ist Geschichte chaotisch, widersprüchlich, dynamisch

und ihr Verlauf keinesfalls festgeschrieben. Die Energie und Initiative von Menschen, die sich organisieren und für ihre Selbstverwaltung kämpfen, kann sich als entscheidend erweisen.

„Wir haben eine eigene Geschichte, und diese lehrt uns, dass die Emanzipation des Menschen trotz aller fürchterlichen Wechselfälle erkämpft werden wird. Dazu benötigen wir alle bisher gemachten Erfahrungen, insbesondere die der unbekannteren Revolutionen.“

(Roman Danyluk im Vorwort zu Volins „Unbekannter Revolution“) **AK Antifa Aachen**

Kleine Auswahl an Literatur zum Thema:

Louise Michel: Memoiren. Erinnerungen einer Kommunardin, Unrast Verlag 2017, ISBN 978-3-89771-925-5. Originalausgabe Paris 1886.

Volin: Die unbekanntere Revolution, Die Buchmacherei 2013, ISBN 978-3-00-043057-2. Originalausgabe Paris 1947.

Alexander Berkman: Die Kronstadt Rebellion, erstmals erschienen 1923, abrufbar unter anarchismus.at/anarchistische-klassiker.

Bini Adamczak: Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom wöchentlichen Gelingen der Russischen Revolution, edition assemblage 2017, ISBN 978-3-96042-026-2.

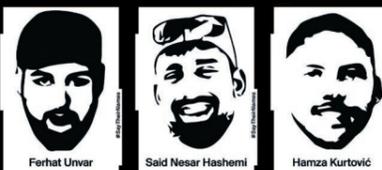
Roman Danyluk: Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus, Verlag Edition AV 2012, ISBN 978-3-86841-065-5.

Horst Stowasser: Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektiven, Edition Nautilus 2006, ISBN 978-3-89401-537-4.

**Wir klagen an!
Wir fordern:**

**Erinnerung!
Gerechtigkeit!
Aufklärung!
Konsequenzen!**

Ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag



**Ferhat Unvar
Hamza Kurtović
Said Nesar Hashemi
Vili Viorel Păun
Mercedes Kierpacz
Kaloyan Velkov
Fatih Saraçoğlu
Sedat Gürbüz
Gökhan Gültekin**

**Wir trauern
und erinnern**

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau 9 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet. Noch immer sind wir entsetzt, traurig und wütend. Überraschend kam die Tat jedoch nicht, sondern sie reiht sich ein in eine lange Tradition rechten Terrors in der BRD. Deutschlandweit gingen Menschen am ersten Jahrestag des Anschlags auf die Straße, um der Opfer zu gedenken, gegen Rassismus zu demonstrieren und eine konsequente Aufklärung der Tat zu fordern. Denn noch immer sind viele Fragen offen. Die Angehörigen und Freund*innen der Opfer zeigen in ihren Recherchen das systematische Versagen und Vertuschen durch die Behörden nach der Tat auf, nachzulesen unter 19feb-hanau.org. Hanau war kein Einzelfall. Gegen den rassistischen Normalzustand! In Gedenken an Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Politische Kämpfe & Kryptographie

„Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung“ - so lautet der Titel der Entschlüsselung des Rates der Europäischen Union vom 24. November 2020. Kern dieser Entschlüsselung ist der Wunsch der Ratsmitglieder, Technologieunternehmen zu verpflichten, den Gerichts- und Strafverfolgungsbehörden universellen Zugang zu Kommunikationsinhalten zu verschaffen. Dieser Versuch ist dabei nur das neueste Kapitel eines Jahrzehnte alten Kampfes um Privatsphäre und den Schutz von Menschen vor staatlichem Zugriff. Diese Geschichte und deren Implikate wollen wir hier einmal nachzeichnen.

Unter dem Schlagwort Kryptographie fassen wir Methoden zur Veränderung (Verschlüsselung) eines Textes von seinem Ursprungszustand (Klartext) zu einem unleserlichen Geheimtext. Dies geschieht im Allgemeinen unter Zuhilfenahme eines Schlüssels, also z. B. einer Passphrase oder einer bzw. mehrerer großer Zahlen. Anforderung an eine kryptographische Methode (Cipher) ist weiterhin, dass der Klartext mit dem gleichen oder einem passenden anderen Schlüssel wiederhergestellt werden kann, sowie, dass ein Geheimtext ohne passenden Schlüssel nicht oder nur unter unzumutbar großem Aufwand lesbar gemacht werden kann. Unsere Geschichte der politischen Kämpfe um Kryptographie beginnt ungefähr 1990. Zu diesem Zeitpunkt kulminieren verschiedene technische Entwicklungen zu einem revolutionären Umbruch hinsichtlich der Art und Weise, wie Menschen auf diesem Planeten kommunizieren:

1. Die seit den 70er-Jahren zunehmende Verbreitung des Personal Computers in weiten Teilen der Bevölkerung der sogenannten entwickelten Länder.

→ Fortsetzung von Seite 5: Protestkultur in Aachen

04. Februar: Ein Graffiti am Vennbahnweg macht auf die menschenverachtenden Bedingungen an der kroatischen EU-Außengrenze aufmerksam. Menschen im Camp-Lipa und in anderen Gegenden nahe der kroatischen Grenze leben bei Temperaturen von weit unter null in Behausungen aus Ästen und Planen und in alten Ruinen.

31. Januar: „Otto von Reul: Versammlungen sind kriminell!“ So wurde am Elisenbrunnen mit Transparenten und Infoflyern über das geplante Versammlungsgesetz informiert und dagegen protestiert. Durch das Gesetz soll linker Protest weiter kriminalisiert werden.

30. Januar: Aktionstag von Seebrücke mit dem Motto: „Kein Pushback ist legal“. Mit Mahnwachen an mehreren Orten in der Aachener Innenstadt plädiert Seebrücke Aachen für einen humanen Umgang mit Geflüchteten. Die Aktivist*innen fordern, dass auch Aachen zu einem „sicheren Hafen“ wird.

29. Januar: Ein Graffiti taucht im Frankenberg Viertel auf: „Street art is not a crime“ ist die Aussage.

28. Januar: „ZeroCovid“ Kundgebung von Diskursiv Aachen am Elisenbrunnen mit ca. 30 Menschen. Es wird ein solidarischer Shutdown gefordert, die Redebeiträge gibt es auch online nachzuhören.

27. Januar: Ein Graffiti taucht im Moltkepark zum Holocaust-Gedenktag auf und erinnert an die Befreiung des Todeslagers Auschwitz vor 76 Jahren.

21. Januar: In Lützerath kommt es innerhalb einer Woche zu zwei Straßenblockaden, einer Tripodblockade, mehrfachen Zaunüberwindungen und zur Besetzung eines Abrissbaggers und eines Tanklasters. Außerdem gibt es ein neues Baumhausdorf, zwei Mahnwachen und es fanden Städte-Demos statt. Alles im Namen des Klimaschutzes und gegen die Zerstörungswut von RWE.

16. Januar: Etwa 20 Antifaschist*innen protestieren lautstark gegen teils antisemitische Beiträge der Querdenker*innen am Elisenbrunnen.

→ Fortsetzung auf Seite 14

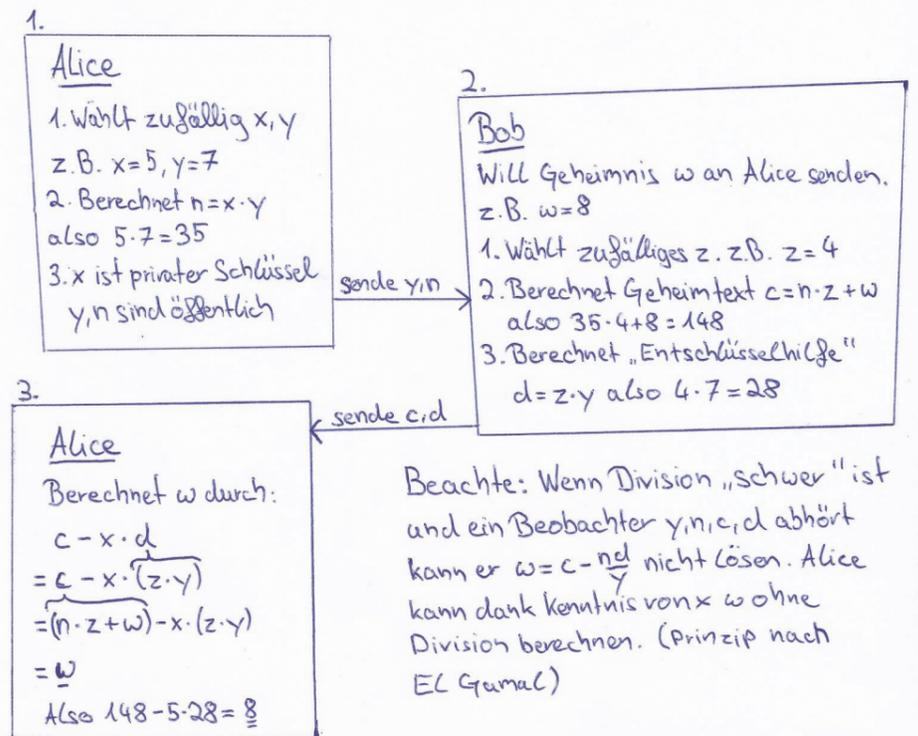
2. Das Internet löst das ARPAnet als internationales Datennetzwerk ab und wird von Telekommunikationsprovidern einfachen Kund*innen zugänglich gemacht. Gleichzeitig wird das World-Wide-Web im CERN entwickelt und die Ablösung sämtlicher elektronischer Kommunikationsformen durch computergestützte Kommunikation beginnt.

3. Bereits seit Mitte der 1970er-Jahre werden neuartige kryptographische Methoden auf Basis gewisser zahlentheoretischer Probleme entwickelt: Die asymmetrische oder Public-Key-Kryptographie. Im Gegensatz zu herkömmlichen kryptographischen Methoden, bei denen zur Ver- und Entschlüsselung der gleiche Schlüssel verwendet wird, nutzen diese Verfahren neuartige Schlüsselpaare. Hierbei besitzt jede*r Kommunikationsteilnehmer*in zwei Schlüssel: Einen öffentlichen Schlüssel, den sie oder er veröffentlicht und mit dem Nachrichten an sie oder ihn verschlüsselt werden können und einen geheimen Schlüssel, der zur Entschlüsselung genutzt wird. Für zwei Kommunikationspartner*innen bedeutet dies praktisch, dass sie verschlüsselte Kommunikation vereinbaren können, ohne auf ein Treffen in Person oder einen sicheren Kommunikationskanal angewiesen zu sein. Dies ist der erste enorme Vorteil gegenüber klassischer, symmetrischer Verschlüsselung. Der zweite relevante Punkt betrifft die Anzahl an Schlüsseln, die im Umlauf sein müssen, damit alle geheim kommunizieren können. Wenn 100 Menschen untereinander kommunizieren möchten, so muss jeder Mensch mit jedem der 99 anderen Menschen einen geheimen Schlüssel verabreden, d.h. es sind 9900 Schlüssel im Umlauf. Für Public-Key-Kryptographie reichen im gleichen Fall 100 Schlüsselpaare und das Austauschen der Schlüssel kann öffentlich passieren.

Diese Veränderungen stellen die Herrschenden vor neue Herausforderungen.

A specter is haunting the modern world, the specter of crypto anarchy.¹

Im Jahr 1991 bringt ein gewisser Joe Biden einen Gesetzesentwurf in den Senat, der Telekommunikationsdienstleister zwingen soll, der Regierung der USA Zugriff auf den Klartext jeder Form elektronischer Kommunikation zu gewährleisten. Zu diesem Zeitpunkt existiert in den USA bereits eine strikte Exportkontrolle – nicht nur für kryptographische Software, sondern auch bezüglich technischer Artikel oder Veröffentlichung von Konferenzjournalen, die sich mit Kryptographie oder deren zahlentheoretischen Grundlagen auseinandersetzen. Im gleichen Zeitraum und als Reaktion auf den Gesetzesvorschlag veröffentlicht Phil Zimmermann im Usenet, einem Netzwerk von Foren, in dem – ähnlich zu heutigen Internetforen – Nachrichten ausgetauscht werden können, den Quelltext von PGP. PGP (Pretty good Privacy) ist ein Protokoll zum Senden und Empfangen verschlüsselter E-Mails. Infolgedessen wird gegen Zimmermann wegen Verstoßes gegen die US-Exportregulationen ermittelt, da seine Software als Auxiliary Military Equipment eingestuft wird. Daraufhin wird der Programmtext von PGP von Freiwilligen abgetippt und in Buchform weltweit exportiert, da der Export von Büchern unter dem besonderen Schutz der Meinungsfreiheit steht. Auf Basis breiten Widerstandes der Öffentlichkeit und Bürgerrechtsorganisationen wird der Gesetzesvorschlag zurückgezogen. Die Ermittlungen gegen Phil Zimmermann führen zu keiner Anklage und schließlich veranlasst Bill Clinton 1996, dass kryptographische Software nicht länger unter die Exportbeschränkungen für Waffen fällt. Zeitgleich existiert in Frankreich bis 1996 ein



Asymmetrische Kryptographie basiert auf sogenannten „One-Way“-Funktionen. Das sind Funktionen, die in eine Richtung einfach und in die andere Richtung schwierig sind (z.B. Primfaktorzerlegung, Lösen des diskreten Logarithmus). Hier beschreiben wir, wie man Zahlen verschlüsseln kann, wenn wir (spielerisch) annehmen, dass Multiplikation eine solche One-Way-Funktion wäre, also Multiplikation: einfach, Division: schwierig.

Gesetz, welches Bürger*innen verpflichtet, eine „Sicherheitskopie“ ihrer kryptographischen Schlüssel bei „vertrauenswürdigen Behörden“ zu hinterlegen und in verschiedenen Ländern gelten Gesetze, die die maximal erlaubte Schlüssellänge begrenzen. In Großbritannien können Bürger*innen sogar heute noch bis zu zwei Jahre eingesperrt werden, wenn sie sich weigern, einen kryptographischen Schlüssel an die Behörden zu übergeben.

Die frühen 2000er Jahre und ein Paradigmenwechsel

Anfang der 2000er wird, auch in Folge der Terroranschläge vom 09.11.2001, die massenhafte Überwachung jeglicher Kommunikation, ob verschlüsselt oder nicht, ausgeweitet. Ist es den Behörden nicht möglich, auf den Klartext einer Nachricht zuzugreifen, so können sie doch immerhin die Metadaten² der Kommunikation aufzeichnen. In Deutschland werden legale Möglichkeiten hierzu 2007 durch die Vorratsdatenspeicherung geschaffen (bevor sie 2010 durch das BfV zunächst wieder illegalisiert werden). Jenseits des gesetzlichen Rahmens kooperiert zu dieser Zeit bereits der BND mit den globalen Playern im Überwachungsgeschäft, wie die Veröffentlichungen von Edward Snowden nachweisen.

Für den Zugriff auf verschlüsselte Kommunikation hingegen wird eine neue Technologie etabliert. Nachdem es als nicht durchsetzbar betrachtet wird, die Mathematik zu verbieten, und es nicht den Anschein hat, dass sie sich austricksen lässt, wird seitens der Politik eine Methode etabliert, um Informationen abzugreifen, bevor sie verschlüsselt werden oder nachdem sie wieder entschlüsselt wurden: der Staats-trojaner. Die gesetzliche Grundlage hierfür wird 2006 geschaffen. Getreu dem Fuß-in-der-Tür-Prinzip wird die Notwendigkeit dieser sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung zunächst mit der Verfolgung schwerster Delikte wie Terrorismus oder Kinderpornogra-

phie gerechtfertigt, (spätestens) seit den Überwachungsgesetzen von 2017 ist diese aber auch bei Verdacht auf Straftaten wie Betrug oder Bestechung anwendbar.³

Wie weiter - eine Einschätzung

Die gute Nachricht: Pandoras Büchse ist geöffnet, die Informationen sind in der Welt. Gute kryptographische Algorithmen befinden sich auf den Festplatten unzähliger Cryptofans und Nerds in der ganzen Welt, das Know-How zum Entwickeln und Implementieren neuer kryptographischer Primitive ist für jede*n mit Internetzugang frei abrufbar. Hinreichend verschlüsselte/verschleierte Informationen sind von statischem Rauschen praktisch nicht unterscheidbar und wollte eine Regierung die Anwendung von Kryptographie verbieten, sie müsste das Senden von „sinnlosen“ Daten unter Strafe stellen oder das Rechnen im Allgemeinen verbieten, was wohl postwendend einen Kollaps der gegenwärtigen Gesellschaft zur Folge hätte.

Nichtsdestotrotz zeigt die Geschichte auch, dass es einen relevanten Unterschied zwischen verschlüsseln können und verschlüsseln gibt. Sehr wohl steht es in der Macht der Herrschenden, (greifbare) Institutionen und Unternehmen zu zwingen, ihre Kryptographie, wie im einleitenden Entschluss des Rates gefordert, unsicher bzw. so lückenhaft zu machen, dass Exekutivkräfte, wie in der guten alten Zeit vor 1990, alles mitschneiden können, was „ihre“ Bürger*innen so äußern. Dies würde uns in eine Position zurückversetzen, in der zwar jede*r prinzipiell verschlüsseln kann, das aber möglicherweise für Nutzer*innen weniger komfortabel wäre, weil sie dafür unkonventionelle Software verwenden müssten. Und es erscheint höchst fraglich, ob eine Mehrheit der Menschen bereit ist, für die Sicherheit ihrer Kommunikation einen Mehraufwand in Kauf zu nehmen.

Ein besorgter Bürger

¹ Zitat aus dem Crypto Anarchist Manifesto von 1988.

² Metadaten: Wer kommuniziert wann, mit wem, über welches Medium uswuf.

³ Für eine vollständige Liste siehe: gesetze-im-internet.de/stpo/_100a.html

Lesetipps:

- Zu den Crypto Wars der 1990er Jahre: Crypto von Steven Levy.
- Zu kryptographischer Theorie und Praxis: Practical Cryptography von Bruce Schneier und Niels Ferguson.
- Zu aktuellen Entwicklungen rund um Überwachung und Privacy: netzpolitik.org

Spendenaufruf: Die Zapatistas kommen zu uns!

Dieser Spendenaufruf wurde im Dezember 2020 vom Ya-Basta-Netz veröffentlicht. Wir von der Tacheles unterstützen ihn gerne und freuen uns auf den Besuch der Compañer@s aus Mexiko!

Erstmals wird eine Delegation der zapatistischen Bewegung aus Chiapas / Mexiko (EZLN) alle fünf Kontinente besuchen – zunächst Europa. Ziel ist die Stärkung von Kämpfen von unten und links in unseren Regionen sowie die Vernetzung mit ihren eigenen Kämpfen. Es geht um eine globale, emanzipatorische und kontinuierliche Organisation gegen Kapitalismus und Patriarchat.

Der Aufstand der Zapatistas von 1994 in Chiapas richtet sich gegen Ausbeutung, Rassismus, Unterdrückung der Frauen und aller benachteiligten Geschlechter, Militarisierung, Umweltzerstörung und die Marginalisierung der indigenen und ländlichen Bevölkerung durch die Herrschaft der Großgrundbesitzer, der politischen Funktionäre und der mexikanischen und transnationalen Konzerne.

Dagegen setzen die Zapatistas den Aufbau rebellischer autonomer Strukturen in den Berei-

chen Gesundheit, Bildung, Selbstverwaltung, Geschlechtergerechtigkeit, Produktion, Medien und Rechtsprechung. Seit ihrer Rebellion von 1994 konnten sie viele Verbesserungen für ihre soziale Basis und für viele andere Bewegungen erreichen. Zudem inspirieren sie bis heute viele soziale Kämpfe in Mexiko und weltweit.

Im Rahmen der Rundreise von 2021 möchten über 100 Delegierte (75 Prozent Frauen) zunächst per Schiff von Mexiko nach Europa segeln, um dann mehrere europäische Länder zu bereisen. Damit wird symbolisch die vermeintliche »Eroberung« Lateinamerikas anti-kolonial konterkariert. Gleichzeitig betont die Bewegung, dass die indigene Bevölkerung niemals unterworfen werden konnte.

EZLN-Sprecher Subcomandante Moisés erläuterte jüngst in einem Kommuniqué die Beschlüsse: »Dass wir nach dem Bereisen verschiedener Winkel Europas von unten und links

am 13. August 2021 in Madrid ankommen werden, der Hauptstadt Spaniens – 500 Jahre nach der angeblichen Eroberung (spanisch: Conquista) dessen, was heute Mexiko ist.«

Mit ihrer neuen Initiative wollen die Zapatistas die Resignation durchbrechen, Hoffnung säen und den Status quo des herrschenden Systems wieder einmal erschüttern und neue solidarische und ökologische Wege finden – gemeinsam mit uns. Sie sagen: »Wir sind Zapatist*innen, Träger*innen des Virus des Widerstandes und der Rebellion. Als solche werden wir die fünf Kontinente bereisen.«

Das europäische Solidaritätsnetzwerk organisiert und koordiniert die Reise nach Europa und innerhalb der europäischen Regionen.

Für die Reisekosten und die Logistik ist sehr viel Geld notwendig. Wir fänden es sehr gut, wenn möglichst viele Zapatistas kommen könnten. Sowohl Einzelspenden als auch Daueraufträge sind willkommen. Vielleicht finden es ja einige solidarische Menschen gut, eine regelmäßige Abgabe von ihren Einkünften zu spenden.

Wir freuen uns sehr über diese neue Initiative der Zapatistas und rufen alle solidarischen Menschen, Kollektive und Organisationen auf, dieses historisch bedeutsame Vorhaben auch ökonomisch zu unterstützen.

Solidarische und rebellische Grüße vom Ya-Basta-Netz



Weitere Infos: ya-basta-netz.org

Kontakt: ya-basta-kontakt@riseup.net

Spendenkonto:

1.) Zwischenzeit e.V.
(gemeinnütziger Verein)
Bankleitzahl: 430 609 67
Konto-Nummer: 335 767 00
IBAN: DE91 4306 0967 0033 5767 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank
Stichwort: »Spende Delegation Zapatistas«

2.) Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG
IBAN: DE54 4306 0967 2039 2873 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank
»Spende Delegation Zapatistas«

Mietenwahnsinn in Aachen

Neueste Zahlen aus dem Wohnungsmarktbericht der Stadt lassen befürchten, dass bezahlbarer Wohnraum in einigen Jahren kaum noch existieren wird

Aachen 2021. Corona und die neue Bürgermeisterin bestimmen die Schlagzeilen. Alle sind voller Hoffnung, dass die Pandemie bald abklingt und erwarten von Sibylle Keupen große Taten für ein klimafreundliches Aachen. Bei den ganzen Zukunftsvisionen taucht ein Thema jedoch kaum auf: Wenn nicht innerhalb weniger Jahre gravierende Veränderungen in der Sozial- und Wohnungspolitik eintreten, blickt Aachen einer Zukunft fast ganz ohne soziale Durchmischung entgegen. Schuld daran ist die dramatische Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Die Mieten sind in den letzten Jahren enorm gestiegen – von 2008 bis 2019 um 50,2 %. Das ist schneller als in Köln, Bonn oder Münster. Dadurch kommt es zu einem starken Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil an Wohnungen mit einer Miete bis 7€/m² von 70 % auf nur noch 12 % zusammengeschrumpft. Allein in den letzten fünf Jahren ist dafür der Anteil von Wohnungen mit Mieten über 10€/m² um 225 % gestiegen, auf einen Gesamtanteil von fast einem Drittel. Tendenz steigend. Grund dafür ist vor allem der ungebremste Zuzug von Studierenden, für die die RWTH keine Wohnheime bereitstellt. Bei den Campus-Projekten wurde Wohnraum nicht mitgedacht. Investoren aus aller Welt strömen

seit einigen Jahren nach Aachen, um mit Mikroappartements zu Wucherpreisen die Not auszunutzen. Daran trägt auch die Stadt Mitschuld. Sie unterstützt die Campus-Pläne mit 15 Millionen Euro und lässt gleichzeitig zu, dass die Mehrheit neu gebauter Wohnungen in der Stadt auf hohe Mieten abzielt. Wahrscheinlich wird deswegen in Aachen mehr gebaut als in anderen NRW-Städten. Dadurch steigt wiederum der Bodenpreis und macht bezahlbaren Wohnraum noch unwahrscheinlicher. Dazu kommt, dass viele Wohnungen von Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Im Driescher Hof oder der Eifelstraße beispielsweise gibt es ganze Wohnblöcke, in denen Wohnungen unterschiedlichen Vermieter:innen gehören. Das führt erwiesenermaßen zu immer stärkeren Mietsteigerungen und Verdrängung der ehemaligen Mieter:innen.

Dabei bezieht jede:r zehnte Aachener:in Unterstützungsgeld vom Amt und ist somit von bezahlbaren Mieten abhängig. All diese Menschen haben große Probleme, eine Wohnung zu finden, die sie sich leisten können. Das trifft auch immer stärker für Familien, Rentner:innen oder Geringverdiener:innen zu. Sie alle werden in das Umland verdrängt. Deswegen spricht die Stadt im »Verdrängungsatlas« offiziell von einer

starken Tendenz zu Gentrifizierung in Aachen. Das bedeutet, dass viele Bewohner:innen eines Stadtteils wegen steigender Mieten wegziehen müssen, durch besserverdienende Haushalte ersetzt werden und dadurch das Viertel ein ganz neues Gesicht bekommt. Besonders dort, wo sich die Stadt mit eigenen Programmen um Aufwertung bemüht hat, wird Gentrifizierung spürbar. Zum Beispiel im Preuswald, Rothe Erde oder in der oberen Jülicher Straße. In diesen Gegenden sind die Mieten zwischen 2014 und 2019 um mehr als 40 % gestiegen. Ähnlich stark steigen die Mieten im Driescher Hof oder im Kronenberg. Also werden die Preise vor allem dort nach oben getrieben, wo sie bisher niedriger waren. Die letzten »Inseln des Bezahlbaren« verschwinden.

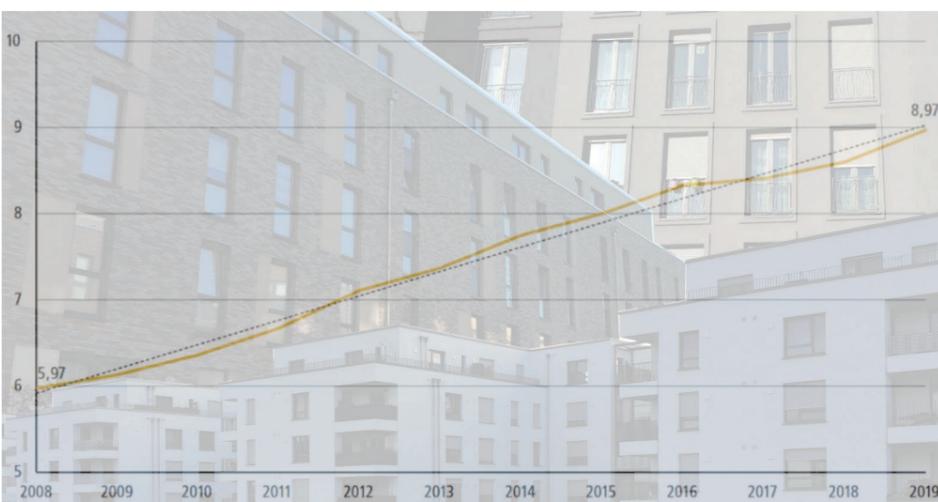
Diese Entwicklung verläuft völlig entgegen den Bedürfnissen der Bevölkerung. 50 % aller Haushalte in Aachen haben sogar ein Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein, ergo auf öffentlich-geförderten Wohnraum. Bis zum Beginn der Privatisierungswelle Ende der 80er Jahre gab es davon noch 30.000 Wohnungen. Obwohl jährlich einige Hundert nachkommen, sind nur noch 9.960 Sozialwohnungen übrig. Damit lassen sich nicht mal alle Menschen versorgen, die Hart4 beziehen.

In Zukunft wird es noch schlimmer: bis 2029 werden 5.577 (56 %) geförderte Wohnungen aus ihrer Preisbindung fallen und den normalen hohen Mietpreisen angepasst. In Kullen werden das 853 Wohnungen sein und somit 86% des dortigen öffentlich geförderten Wohnraums. Aber auch in Eilendorf Nord, Richterich und Altforst, in der Scheiben- und Eifelstraße, Lütticher Straße, obere und untere Jakobstraße, im Driescher Hof und Brander Feld gehen jeweils mehr als 60 % des Bestands verloren. Allein um den Bestand von heute zu halten, müssten jedes Jahr 560 geförderte Wohnungen gebaut werden. Im Jahr 2020 wurde mit nur 376 neuen Wohnungen ein Rekord aufgestellt. 560 Wohnungen pro Jahr sind also sehr unwahrscheinlich. In vielen Vierteln wird das Versprechen der Stadt, dass »alle Aachener:innen in jedem Teil Aachens leben können« dann nicht mal ansatzweise eingehalten.

All diese Probleme sind der Stadt bewusst. Deswegen hat sie 2019 einige neue »Handlungsinstrumente« beschlossen. Seitdem steht spekulativer Leerstand unter Strafe. Von Verfahren ist seitdem jedoch nichts bekannt geworden, obwohl es in Aachen 5000 leerstehende Wohnun-

gen gibt – die untere Adalbertstraße ist nur ein drastisches Beispiel für die unzähligen Häuser, die von ihren Eigentümer:innen ungestört dem Verfall überlassen werden. Weiterhin wurde die Quote für kommunal geförderten Wohnraum von 30 auf 40 % erhöht. Feine Sache, könnte man sagen, aber leider hat sich die Stadt schon an den 30%-Beschluss nicht gehalten. Zahlreiche Wohnungsbauprojekte auf dem Stadtgebiet wurden zugelassen, ganz ohne Sozialwohnungen. In der Augustastraße, die Mephisto-Höfe oder am Westpark. Außerdem sollen Grundstücke, die der Stadt gehören, nicht mehr verkauft, sondern nur an private Investor:innen verpachtet werden, die dort für bis zu 45 Jahre 100 % geförderten Wohnraum bereitstellen. Selbst wenn unerwartet lauter Investor:innen auftauchen würden, die mit weniger Gewinn zufrieden sind, besäße die Stadt aber nur noch für 2600 neue Wohnungen Grundstücke. Danach ist erst mal Schluss mit Neubau. Nicht mal, wenn all diese Wohnungen Sozialbauten wären, könnten die wegfallenden Sozialwohnungen kompensiert werden. Deswegen hat die Stadt beschlossen, mehr Grundstücke oder Häuser zu kaufen. Soweit wir wissen, wurde bis auf einige Häuser am Büchel bisher nichts gekauft. Insgesamt ist es unwahrscheinlich, dass die Stadt ausreichend Wohnraum kaufen kann. Beispiele aus Berlin zeigen, dass der gestiegene Bodenpreis dazu führt, dass Rückkauf von Wohnraum im großen Maßstab jeden städtischen Haushalt überlasten und zu ungeheuren Schulden führen würde.

In Berlin schien die Situation ähnlich ausweglos wie in Aachen, bis soziale Bewegungen den Mietendeckel durchgesetzt haben. Es ist eine riesige Mieter:innen-Bewegung entstanden, die aktuell dafür kämpft, dass 240.000 Wohnungen von Immobilienkonzernen enteignet werden. Gleichzeitig verbreiten sich die Ideen von Deprivatisierung und Vergesellschaftung in ganz Europa. Statt weiter Investor:innen hinterherzulaufen, sollte die Aachener Politik sich ein Vorbild nehmen und im Sinne des Gemeinwohls handeln. Erst mal konsequent die eigenen Beschlüsse umsetzen und dann eine Strategie entwickeln, die Wohnraum als Grundbedürfnis und Boden als Allgemeingut behandelt, nicht als Ware. Solange die Politik das nicht tut, können wir der Bevölkerung nur empfehlen, sich ein Vorbild an den Menschen in Berlin zu nehmen. Mieter:innen-Initiativen organisieren, die Nachbarschaft vernetzen und gemeinsam auf der Straße Druck machen.



Collage: Steigende Mieten in Aachen.

(Grafik: Wohnungsmarktbericht der Stadt Aachen 2020)

Die grüne Welle im Kampf gegen das Patriarchat

Legalisierung von Abtreibungen erkämpft durch die feministische Bewegung in Argentinien

Nun ist es endlich geschehen: In Argentinien sind seit dem 29.12.2020 Abtreibungen bis zur vierzehnten Schwangerschaftswoche per Gesetz legal. Damit ist Argentinien das dritte lateinamerikanische Land, welches Abtreibungen legalisiert. Dahinter verbirgt sich ein fast 30 Jahre langer, zehrender Kampf, nicht nur im Parlament, sondern vor allem auf den Straßen.

Seit ein paar Jahren erleben wir in einigen Ländern einen erneuten Vormarsch konservativer und patriarchaler Einstellungen gerade bei diesem Thema. So sind Abtreibungen in einigen Teilen der USA sowie in ganz Polen fast in allen Fällen illegal und werden teilweise mit lebenslangen Freiheitsstrafen geahndet. Auch in Deutschland erleben wir keine Besserung der Verhältnisse – so ist es Ärzt*innen immer noch verboten, umfassende Aufklärung öffentlich zur Verfügung zu stellen und Betroffene sind weiterhin mit hohen bürokratischen Hürden konfrontiert. Beispiele, die auf unterschiedlichen Ebenen klar herausstellen, dass die Bedürfnisse von ungewollt schwangeren Menschen patriarchalen Wertvorstellungen untergeordnet werden. Um so freudiger beobachten wir die Entwicklungen in Argentinien.

Das Gesetz

Seit 1921 wurden Abtreibungen durch das Strafgesetzbuch in Argentinien kriminalisiert. Die einzige Ausnahme stellte lediglich eine Abtreibung nach einer Vergewaltigung oder bei Gefahr für das Leben des schwangeren Menschen dar. Dass dieses Gesetz nicht nur völlig veraltet war, sondern auch schnellstens geändert werden musste, war klar. Die erste Vorlage



Demonstration in La Plata im Oktober 2019.

(Bild: NY Times/Demian Alday Estévez/EPA, via Shutterstock)

eines geänderten Gesetzesentwurfs, der Abtreibungen legalisieren sollte, wurde 1992 vorgelegt. Zuletzt scheiterte 2018 die Reform knapp nach der siebten Wiedervorlage in Folge. Dies geschah nicht zuletzt auch wegen des großen Einflusses der katholischen und evangelischen Kirchen auf die Politik. Eine ARD-Journalistin in Buenos Aires schrieb dazu: „Wird so ein Leben geschützt? Nein, geschützt werden durch das Verbot nur die eigenen Privilegien. Was in Wahrheit stört, ist die Autonomie der Frau. Alle wissen es.“

Seit Ende 2020 werden jetzt die Kosten einer Abtreibung durch das Gesundheitssystem getragen. Viele Menschen in Lateinamerika profitieren von der Legalisierung, denn Ausländer*innen stehen die gleichen Rechte zu, das argentinische Gesundheitssystem zu nutzen. Doch so fortschrittlich und progressiv sich das alles anhört, mag es gibt auch wesentliche Kritik am Gesetz.

Die Kritik

Es ist fraglich, inwiefern die Gesetzesänderung faktische Verbesserungen für ungewollt Schwangere bringen wird

Im Gesetz ist mit vorgesehen, dass Mediziner*innen eine „Verweigerung aufgrund des Gewissens“ erlaubt ist. Im Klartext bedeutet dies, dass es Ärzt*innen aus persönlichen oder antifeministischen Einstellungen möglich ist, keine Abtreibungen durchzuführen. Außerdem werden weiterhin Abtreibungen ab der fünfzehnten Schwangerschaftswoche kriminalisiert und nur in Ausnahmefällen gewährt. Zwar ist nun ein gesetzlicher Rahmen geschaffen worden, jedoch muss zu seiner Umsetzung ein ausreichend großes Angebot geschaffen werden, was derzeit noch nicht absehbar ist. Weitere Hürden, die es zu bekämpfen gilt, sind Tabuisierung und Diskriminierung durch „Lebensrechtler*innen“. Gleichzeitig müssen unabhängige und öffentliche Informationen zugänglich sein und es braucht Bildungsangebote zur sexuellen Aufklärung. Andernfalls ist eine Umsetzung wie hier in Deutschland zu befürchten, die zwar auch gesetzlich ermöglicht bis zur zwölften Schwangerschaftswoche straffrei abzutreiben, aber beispielsweise das öffentliche Informieren, wie oben bereits beschrieben, für Ärzt*innen unter Strafe stellt.

Lebensumstände

Schätzungen zufolge treiben in Argentinien 300.000 bis 500.000 Menschen jährlich ab. Die oben bereits genannte ARD-Reporterin sagte

hierzu: „Alle wissen schließlich, dass Frauen abtreiben, auch katholische, evangelikale und konservative Frauen. Niemand macht das gern. Aber manche Schwangerschaften sind nicht gewollt. Wer das Geld und Kontakte hat, den treffen Verbote und Strafen nicht. Sie treffen nur arme Frauen.“ Seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 starben mehr als 3.000 Schwangere an den Folgen einer heimlichen Abtreibung – die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein und Verletzungen sowie Spätfolgen, die nicht tödlich verlaufen, schließt diese Zahl nicht ein. Die Lebensrealität vieler Frauen ist geprägt von Gewalt gegen sie, Vergewaltigungen und Femi-ziden – und das schichtübergreifend. In Argentinien kommt alle 30 Stunden eine Frau durch häusliche Gewalt ums Leben. Eine strafrechtliche Verfolgung gegen die Täter ist nur schwer möglich, da es kein ausreichendes Personal gibt. Lediglich drei Staatsanwält*innen haben sich auf diesen Straftatbestand spezialisiert, was die Verfahren unerträglich in die Länge zieht. Zudem handelt das bürgerliche Strafgesetzbuch und sein juristischer Verwaltungsapparat sowie die Richtenden nicht nach den Bedürfnissen der Betroffenen, was die breite feministische Bewegung stark kritisiert.

Die „marea verde“

Verabschiedet wurde das Gesetz letztendlich im Parlament, doch es ist ein erster Erfolg der starken und radikalen feministischen Bewegung in Argentinien, der „marea verde“, die „grüne Welle“, die ein grünes Halstuch als Erkennungs-symbole hat. Der Druck auf der Straße war unglaublich groß.

Die Bewegung entspringt allen gesellschaftlichen Schichten, sie ist altersübergreifend und verbindet verschiedene feministische Strömungen. Im Mai 1986 fand das erste Treffen des „Encuentro Nacional de Mujeres“, dem „Nationalen Frauen-Treffen“, statt. Es trafen sich rund 1.000 Frauen im Kulturzentrum San Martín im Zentrum der Hauptstadt Buenos Aires. Bei ihrem 34. Kongress im Jahr 2019 demonstrierten 200.000 Menschen gemeinsam in La Plata. Ihre Kampagne erkämpfte das formelle Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung. Weitere übergreifende und zentrale Forderungen sind der Stopp der Gewalt an Frauen und LGBTQI+ und die strikte Trennung von Staat und Kirche. Die Aktivist*innen beschäftigen sich außerdem mit sozialer Ungleichheit, Gendergerechtigkeit und Transrechten, sowie der unausgewogenen und oft unbezahlten Care-Arbeit.

Strategie und Tradition

Die feministische Tradition in Argentinien reicht weit zurück, ebenso die bereits beschriebenen Probleme. Die lange Geschichte des feministischen Kampfes und ihrer Initiativen sowie die dadurch weitergegebenen Erfahrungen der Frauen* ermöglichen den Aufbau einer solidarischen und handlungsorientierten Struktur. Genauso trug dies dazu bei, Praktiken zu entwickeln, die akut Lebensumstände von Frauen oder anderen unterdrückten Menschen verbessern. Darunter fallen Hilfs- und Beratungsangebote, aber auch selbstorganisierte Kollektivbetriebe, kommunale Küchen und Strukturen, die beispielsweise zu Themen wie Prävention und dem Konzept der restorative justice¹ arbeiten. Es werden auch große, einmalige Aktionen organisiert, die viel Aufmerksamkeit erregen und ein starke Symbolkraft haben. Tausende Frauen* organisieren sich in dezentralen Gruppen und verankern sich mit ihren Angeboten im Alltag vieler Frauen*. Zusammen bilden sie eine starke Basis. Parallel dazu gibt es Menschen, die den Kampf in die Parlamente tragen. Hierzu zählt die Aktivistin und jetzt jüngste Abgeordnete in Lateinamerika, Ofelia Fernández. In einem Interview sagt sie: „Eine Sache, die die argentinische feministische Bewegung möglicherweise von anderen unterscheidet ist die kraftvolle Tradition der Militanz [...], die Priorität liegt auf der Bildung einer starken feministischen Strategie und der Entwicklung von langfristigen Prozessen.“ Auf die Frage, mit welcher feministischen Strömung sie sich am ehesten identifiziert, antwortet sie: „Ich würde sagen populär feminism. So nennen wir uns jedenfalls selbst. Er definiert sich über die praktische Ausrichtung und [...] darüber zu erkennen, dass es sehr komplex ist eine Frau in dieser Welt zu sein, aber umso schwieriger eine arme Frau, eine arme migrantische Frau, eine arme migrantische Transfrau und so weiter. Manche würden diese Ausrichtung als intersektional bezeichnen. Es ist ein Konzept, das Sinn macht, da es beinhaltet, die eigenen Privilegien zu reflektieren.“²

So umfassend die feministische Bewegung in Argentinien ist, so ist auch ihr Kampf. Der geht weiter – auch mit dem erkämpften Recht auf Abtreibung. Wir denken, die Bewegung kann dem Druck der reaktionären Kräfte standhalten und in Zukunft weitere Veränderungen herbeiführen. Bis das Patriarchat untergeht!

Knit & Agitate

→ Fortsetzung von Seite 12: Protestkultur in Aachen

16. Januar: „Leave No One Behind“ und „Refugees Welcome“ Schriftzüge tauchen vermehrt im Stadtbild auf. Dies nimmt Bezug auf die schlimmen Verhältnisse an den EU-Außengrenzen und die Abschottungspolitik Europas, die Menschen in Lagern auf sich alleine gestellt zurück lässt.

12. Januar: Menschen plakatieren „Menschen retten“ und „Wir haben Platz“ im Frankfurter Viertel.

11. Januar: Die L277 in Lützerath wird unter anderem mit einem Tripod blockiert. „Wir sind hier, weil RWE und NRW die Klimagerechtigkeit mit Füßen treten!“, schreiben die Aktivist*innen.

10. Januar: Die Antifaschistische Recherche Aachen 2020 ist erschienen!

09. Januar: Farbanschlag auf eine Statue von Karl dem Großen im Botanischen Garten. „Europa bedeutet Ausgrenzung und Gewalt. Jedes Jahr sterben unzählige Flüchtlinge im Mittelmeer. Da nichts davon in dem Kunstwerk kritisiert wurde, sehen wir es als legitim an, diese Kritik mithilfe von Farbe zu ergänzen“, schreiben die Aktivist*innen.

08. Januar: Erneut sind in Lützerath Menschen auf Dächern, um gegen die Abrissarbeiten von RWE zu protestieren.

06. Januar: Zwei Aktivist*innen klettern aus Protest gegen die Abrissarbeiten in Lützerath auf ein Dach. Sie fordern, dass alle Dächer bleiben.

04. Januar: Um die Abrissarbeiten RWEs am Tagebau Garzweiler zu verhindern, besetzen fünf Aktivist*innen Haus Nummer 1 in Lützerath.

02. Januar: Bei der Querdenken Demo beteiligt sich der rechte Blogger und Bundestagsstörer „Thorsten Schulte“ und verbreitet antisemitische Verschwörungen. Dagegen verteilt Fridays for Future Aachen Infoblätter: „FridaysforFuture gegen Querdenken!“

→ Fortsetzung auf Seite 15

¹ Restorative justice ist eine Alternative zum klassischen Justizsystem. Es ist ein Ansatz, der das Ziel verfolgt dem*der Täter*in eine Möglichkeit zu geben Verantwortung zu übernehmen, das verursachte Leid zu verstehen und kein zukünftiges Leid mehr zu verursachen. Für die Betroffenen ermöglicht dieses Konzept, aktiv den Prozess mitzugestalten und damit Ängsten und dem Gefühl der Machtlosigkeit entgegen zu wirken. Konkret kann dies beispielsweise heißen, ein Treffen mit dem*der Täter*in, der*dem Betroffenen und weiteren Mitgliedern aus der Gemeinschaft zu organisieren. Dabei können dann Erfahrungen ausgetauscht und die weitere Vorgehensweise besprochen werden. ² Übersetzt aus dem Englischen

Der Staat als Feminist?

Kita-Ausbau, „familienfreundliche“ Unternehmen, Gleichstellungsbeauftragte, Eltern- und Betreuungsgeld sind in aller Munde und werden sowohl in Parlamenten als auch am Küchentisch diskutiert. Es entsteht schon seit längerem der Eindruck, dass der Staat der neue Verbündete im Kampf um eine Gleichstellung der Geschlechter geworden sei. Trotz aller „Bemühungen“ staatlicherseits ist jedoch weder eine formelle noch eine reale Gleichstellung in Sicht. Das ist kein Zufall. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass mit den umgesetzten Strukturen und Gesetzen ganz andere Ziele als die Befreiung der Frau angestrebt werden.

Zum Verhältnis von Staat und Kapitalismus

Im Kapitalismus müssen Menschen, um überleben zu können, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen. Mit Hilfe ihrer Löhne können sie Nahrungsmittel kaufen, Miete bezahlen und ihren Hobbys nachgehen. An dieser Stelle darf man sich aber nicht täuschen lassen. Nicht das menschliche Wohlergehen ist hier das Ziel. Vielmehr soll durch das Zahlen der Löhne erreicht werden, dass Menschen die genannten Güter konsumieren können. Sie sollen sich so von ihrem harten Arbeitstag erholen können und am nächsten Tag wieder neue Waren und damit Mehrwert produzieren.

Eine kapitalistisch organisierte Wirtschaft hat einzig das Erzielen von Profit zum Ziel, menschliche Bedürfnisse spielen nur eine untergeordnete Rolle. Der Staat vermittelt als Gehilfe des Kapitalismus zwischen Wirtschaftsordnung und Individuum. Denn sonst würde der Kapitalismus in seinem Normalbetrieb die eigene Grundlage seines Wirtschaftens, die Arbeiter*innen, zerstören.

Vermittlung zwischen Kapital und Individuum auf Kosten von Frauen

Der Staat vermittelt zwischen Individuum und der kapitalistischen Art zu wirtschaften – auf Kosten von Frauen. Historisch tradiert werden Frauen Aufgaben zugeschrieben wie sich um Alte und Kinder zu kümmern, Trost zu spenden und leckeres Essen zu zaubern. Diese Aufgaben finden im Privaten fern der Öffentlichkeit statt. Auf den ersten Blick wird hier kein offensichtlicher Wert geschaffen. Es wird kein Produkt hergestellt, welches teuer verkauft werden kann. Aus diesem Grund wird diese Art der Arbeit in unserer Gesellschaft oft nicht wahrgenommen und nicht als Arbeit anerkannt. Das bedeutet für diese Menschen, die meistens Frauen sind, dass sie abgewertet werden. Auch die Eigenschaften, die gesellschaftlich Frauen zugeschrieben werden, werden abgewertet.

Feministische Kämpfe und staatliche Reaktionen

Hiergegen haben Generationen von Feminist*innen gekämpft. Diese Kämpfe sahen sehr unterschiedlich aus. Teile der Forderungen wurden mit der Zeit vom Kapitalismus einverleibt, da diese für ihn nützlich waren und ihn stabilisierten. Außerdem wurden Frauen zunehmend als Behältnisse der Ware Arbeitskraft wahrgenommen. So nutzt der Kapitalismus sie zur Kapitalakkumulation und Profitmaximierung und konnte gleichzeitig das Widerstandspotential von feministischen Kämpfen minimieren. Das soll anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden:

1. Elterngeld

2007 wurde das Elterngeld eingeführt. Es soll Eltern ermöglichen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren und sich um ihre kleinen Kinder zu kümmern. Jedoch funktioniert dies nur so einfach, solange das Familienmodell, indem die Kinder groß werden, ein traditionelles ist. Sobald es zu Abweichungen kommt – wenn z.B. die Eltern in unterschiedlichen Wohnungen leben oder nicht verpartnerte Homosexuelle sind – verkompliziert sich die Antragsstellung, da sie sich nach der Meldeadresse und dem Hauptwohnsitz des Kindes richtet.

Dazu kommt, dass das Elterngeld eine Lohnfortzahlungsleistung ist, bei der ca. 75 % des vorherigen Einkommens gezahlt werden. So soll der Lebensstandard gesichert werden. Ist man in Transferleistungsbezug, so erhält man über-

haupt kein Elterngeld, da es auf das ALG II angerechnet wird.

An dieser Stelle wird umso deutlicher, dass es dem Staat nicht darum geht, Kinderarmut – die immer Armut der Eltern bedeutet – zu senken. Denn vom Elterngeld profitieren Familien mit höheren Einkommen, wohingegen die mit niedrigen Einkommen in Armut verbleiben. Vielmehr geht es darum, einen Anreiz für besser verdienende Frauen, also Frauen der Mittelschicht, zu schaffen Kinder zu bekommen. Denn diese generieren den größten Mehrwert für das Kapital.

2. Kitausbau vs. Betreuungsgeld

Ähnliches spielt sich in der Diskussion um Kitausbau und Betreuungsgeld ab. Im Kapitalismus mit seiner Verwertungslogik sind Familien

wurde die Diskussion um das Betreuungsgeld von dessen Kritiker*innen rassistisch und sozialchauvinistisch aufgeladen. So wurde in der Diskussion oftmals unterstellt, dass Migrant*innen und Transferleistungsbezieher*innen ihre Kinder den Bildungseinrichtungen entziehen würden, um finanziell davon zu profitieren.

3. Das „familienfreundliche Unternehmen“

Bei einem sogenannten „familienfreundlichen Unternehmen“ werden, um einen getakteten Lohnarbeitstag zu ermöglichen, Teile der Reproduktionsarbeiten wie Kinder hüten, Essen zubereiten, waschen, bügeln, etc. entweder an private Dienstleistungsunternehmen delegiert oder in eigene Sparten des Unternehmens verlagert. Dort werden diese dann von vermeint-

dass diese Norm eingehalten wird. Schließlich ist die Familie ein Zuliefererbetrieb für den Kapitalismus.

Der Staat doch kein Feminist?

So haben die vom Staat getroffenen Regelungen nur noch sehr wenig mit den feministischen Kämpfen und ihren Forderungen zu tun. Befreiung und Gleichstellung von Frauen – Fehlanzeige! Vielmehr findet ein Klassenkampf von oben statt. Denn durch Leistungen wie Elterngeld bekommen Menschen mit hohem Einkommen mehr, während Menschen mit geringem Gehalt weiterhin jeden Euro mehrfach umdrehen müssen, bevor sie sich und ihren Kindern nur eine Kleinigkeit kaufen können. Gleichzeitig wird ein großer Teil der Reproduktionsarbeit auf migrantische und proletarische Frauen abgewälzt. Der Staat wird an dieser Stelle seiner Rolle als Lenker und Vermittler gerecht, denn durch die ergriffenen Maßnahmen soll erreicht werden, dass die Mittelschichtsfrau sich vermehrt und gleichzeitig noch Kapazitäten dafür hat, ein Arbeitskraftbehältnis zu sein.

Unser Feminismus sieht anders aus! Wir wollen nicht nur mehr Repräsentanz im Kapitalismus für bestimmte Frauen erreichen, sondern eine vollumfängliche Befreiung von Frauen. Dies kann nur mit einer Befreiung der ganzen Menschheit einhergehen. Das funktioniert nicht mit, sondern nur gegen den Kapitalismus und der Überwindung von diesem. Nichtsdestotrotz bedeutet es nicht, den Kampf zur Befreiung von Frauen in eine weit entfernte Zukunft zu verbannen. Es ist und bleibt notwendig, auch im Hier und Jetzt für Verbesserungen zu streiten.

Diskursiv Aachen



A womans work is never done.

(Bild: See Red Women's Workshop)

dazu gezwungen, dass sowohl Mutter als auch Vater arbeiten gehen. In diesem Fall muss gewährleistet sein, dass die Kinder anderweitig betreut werden. Darum wurde mit dem Kitausbau und der Etablierung der Institution Tagesmutter ein Angebot geschaffen, um diese Betreuung sicherzustellen.

Bei einer näheren Betrachtung fällt jedoch auf, dass hier lediglich eine Verlagerung der Sorgearbeit stattfindet. Meist arbeiten Frauen in Kitas oder als Tagesmütter in prekären Arbeitsverhältnissen. Sie arbeiten sehr vereinzelt, teilweise 50 bis 60 Stunden die Woche. Ihre Arbeitszeiten sind flexibilisiert. Viele sind Freiberuflerinnen. Konkret bedeutet das, dass sie sich selbst versichern müssen und auch eine Rente im klassischen Verständnis nicht in Sicht ist. Dieses Arbeitsverhältnis klingt bei Weitem nicht nach der Vermeidung von Altersarmut.

Doch nicht etwa diese Arbeitsbedingungen erregten die Gemüter der staatlichen Feminist*innen, sondern das von konservativer Seite eingeführte Betreuungsgeld in Höhe von 150€. 150€ werden wohl kaum jemanden ernsthaft davon abhalten, arbeiten zu gehen, oder gar den Lebensunterhalt einer Familie sichern. Vielmehr war das Betreuungsgeld ein kleiner Bonus für Familien, die zuvor bereits von nur einem Lohn leben konnten. Kurz gesagt: für die Besserverdienenden. Nebenbei erwähnt würden Transferleistungsbezieher*innen von der Leistung des Betreuungsgeldes gar nicht profitieren, da ihnen diese Leistung auf den Transferleistungsbezug angerechnet würde. Gleichzeitig wird und

lich schlechter ausgebildeten Arbeitskräften (das bedeutet schlechter bezahlt) ausgeführt. In der Realität sind das meistens migrantische oder proletarische Frauen. In pandemischer Zeit wird jedoch deutlich, dass gerade diese Arbeitsplätze besonders benötigt werden. Trotzdem werden sie weiterhin schlecht bezahlt und bleiben gesellschaftlich marginalisiert. An dieser Stelle stellt sich die Frage, welchen Frauen das nutzt und welche nur sehr bedingt von solch einer Umstrukturierung der Unternehmen profitieren. Diese Form der Unternehmensstruktur erfährt von staatlicher Seite eine Förderung.

Reproduktion hat ein Geschlecht oder die Ideologie der guten Mutter

Nach wie vor ist in den meisten Fällen die Frau für anfallende Sorgearbeit verantwortlich. Besonders wenn eine Frau Mutter wird, verschärft sich dieser Zustand. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Doppelbelastung durch Lohnarbeit und Kindererziehung intensiviert. Dies wird durch die akute Corona-Krise nur verschärft, da Mütter nun häufig neben der Lohnarbeit auch noch die Aufgabe haben, die Kinder rund um die Uhr zu versorgen. Von Vätern wird dies jedoch kaum erwartet.

So wird an dieser Stelle mit dem Ideal von einer guten Mutter nicht nur eine Doppelbelastung für Frauen geschaffen, sondern auch häufig die Möglichkeit genommen darüber zu sprechen, da diese Belastung als Norm, wenn nicht gar als Emanzipation angesehen wird. Für eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft ist es wichtig,

→ Fortsetzung von Seite 14: Protestkultur in Aachen

21. Dezember 2020: Seit kurzem tauchen in Aachen Graffiti mit Bezug zur Coronapandemie auf. Es wird gefordert: „Die Reichen müssen zahlen“.

20. Dezember 2020: Im AZ Aachen werden über einige Tage hinweg zahlreiche Spenden, in Form von gut erhaltenen Kleidungsstücken und Hygieneartikeln gesammelt und zum Café Plattform gebracht. Gesammelt wird für wohnungslose Menschen.

18. Dezember 2020: An mehreren Stellen in Aachen verschönern Stencil-Graffiti mit einer großen Flamme und dem Schriftzug „Burn Patriarchy“ das Stadtbild.

15. Dezember 2020: An einem Student*innenwohnheim am Seilgraben ist auf einem Banner zu lesen: „Ohne Klimawende ist die Menschheit am Ende“.

13. Dezember 2020: Am Krugenofen Ecke Neustr. taucht ein Graffiti mit einem brennenden Polizeiauto auf. Daneben steht „13.12. das ganze Jahr“.

11. Dezember 2020: Fahrraddemo vom Tivoli aus: Es wird gemeinsam zur Demo gegen die Revierkonferenz in Alsdorf gefahren. Fridays For Future Aachen und Ende Gelände setzen ein Zeichen für klimagerechten Strukturwandel im Rheinland, da RWE lediglich einen Beteiligungsprozess mit der „Zukunftagentur Rheinisches Revier“ inszeniert.



